

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 11, Winterfeldtstr. 24  
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488  
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)  
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3104

**Inhalt:**

Rückblende auf das Jahr 1910. (II.) Die „Arbeiterfreunde“ im Münchener Rathaus. (II. Schluß.) — Die Hamburger Arbeiterausschüsse (I.) — Zur Neuordnung der Anstellungsbedingungen der Altonaer städtischen Arbeiter. — Neue Konflikte in den englischen Gaswerken in Frankfurt a. M. — Brief aus Eßlingen. — Aus Politik und Volkswirtschaft. — Wasserbauarbeiter. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus den Gemeinden. — Aus unserer Bewegung. — Internationale Rundschau. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher.

trachtung über die Gause geben, ohne den Anspruch zu erheben, alle hemmenden und besonders gearteten Faktoren in Anrechnung gesetzt zu haben.

Ob der Gau Augsburg sich mit seinen 365 Mitgliedern (drittes Quartal) als dauernd lebensfähig erweist, muß noch eine Weile abgewartet werden. Jedenfalls rechtfertigt der gegenwärtige Mitgliederstand nicht die hohen Aufwendungen dafür.

Gau Berlin hat mit 6961 Mitgliedern jetzt endlich wieder einen größeren Vorsprung: Die glänzend verlaufene Gasarbeiterbewegung läßt erwarten, daß das vierte Quartal noch günstiger abschließt. Um aber das „Fest der Zehntausend“ feiern zu können, bedarf es noch gewaltiger Anstrengungen. Braucher Boden ist jedenfalls noch reichlich vorhanden.

Der neugeschaffene Gau Brandenburg-Pommern hat mit seinen 586 Mitgliedern einen hübschen Anlauf genommen. Auch das jahrelang stagnierende Stettin wächst wieder. Um so bedauerlicher bleibt, daß naheliegende Provinzstädte, wie zum Beispiel Stottbus, trotz aller Bemühungen sich bislang nicht aufrütteln ließen. Hoffen wir, das neue Jahr bringt auch in die viel zu unrecht verschriene „Provinz“ größere Erfolge.

Bremen weist eine glänzende Entwicklung auf mit seinen 1702 Mitgliedern. Die kräftig einsetzende Lohnbewegung hat wohl entschieden dazu beigetragen, daß allein im dritten Quartal 1910 gegen 300 Mitglieder gewonnen wurden.

Der lang verwaiste Gau Dresden ist nun endlich durch Kollegen O. Heinz wieder besetzt. Mag sein, daß die Ausdehnungsfähigkeit des Gaus in der Provinz recht begrenzt ist, Dresden mit 534 Mitgliedern vermag aber noch viel. Anerkennend muß gesagt werden, daß die Kollegen sich namentlich in den letzten Monaten eifrig bemüht haben, und der schlechte Eindruck vom letzten Verbandstage wird in München gewiß nicht wiederkehren.

Cöln ist eigentlich nur Filiale, nicht Gau, was über kurz oder lang auch zu den notwendigen Konsequenzen führen muß. Unter der strategischen Leitung unseres Gauleiters S. Schäfer (der jetzt als Genossenschaftssekretär tätig ist) sowie unter anerkannter wertvoller Mitarbeit eines tüchtigen Kollegenstabes ist die Filiale inkl. Wilhelm auf 907 Mitglieder gestiegen. Das will im schwarzen Lande wahrlich viel sagen, hoffen wir, daß es auch dem Nachfolger unseres Gauleiters möglich sein wird, die Fortentwicklung in den bisherigen Bahnen zu lenken.

Gau Dresden hat meist kleine Städte als Hinterland. Mit 1772 Mitgliedern bleibt indessen noch viel für die sächsische Residenz zu tun. Wir verkennen dabei nicht die ganz besonderen Schwierigkeiten, die sich in dieser Beamtenstadt für unsere Agitation aufstürmen.

## Rückblende auf das Jahr 1910.

### II.

#### Unsere Organisation.

Um es gleich vorweg zu nehmen, so hat unsere Bewegung im verflochtenen Jahr nicht den Aufwind nach vorwärts bekommen, den viele erhofften, sondern wir sind in unserm Steten, man möchte fast sagen gesetzmäßigen Aufstiegs-tempo geblieben. Ob das nun gerade ein Fehler ist, dürfte schwer zu beweisen sein. Immerhin kann es nicht schaden, darauf hinzuweisen, daß die großen Verbände, wie Metallarbeiter, Transportarbeiter, Fabrikarbeiter, Bauarbeiter, um Zehntausende zugenommen haben. Auch einzelne mittlere Verbände, wie zum Beispiel die Schneider, sind 1910 mächtig emporgeschneit.

Nun hat auf der anderen Seite nachweislich die wirtschaftliche Konjunktur bei den städtischen Industrien nicht die gleiche Bedeutung als in der Privatindustrie. Aber wir haben in manchen Gauen wiederum doch erst einen recht geringen Prozentsatz der organisierbaren städtischen Arbeiter erobert, und da auch die Zahl der Gemeindefreier noch immer in ziemlich rapidem Tempo wächst, sind der Ausbreitung unserer Bewegung geradezu unbegrenzte Möglichkeiten gegeben.

Vergleicht man einmal die wichtigsten Zahlen der letzten drei Jahre, soweit das dritte Quartal in Frage kommt, so ist das Bild recht erfreulich. Es weisen auf:

3. Quartal	Filialen	Mitglieder	Einnahmen inkl. Bestand	Ausgaben inkl.	Vermögen
1909	101	28 457	409 314	108 140	801 174
1909	125	31 321	514 957	156 694	858 308
1910	164	30 816	584 512	163 743	420 769

Ende 1910 waren in 172 Filialen circa 39 000 Mitglieder vorhanden. So zufrieden man mit diesem Gesamtergebnis sein kann, wird doch in einzelnen Gauen noch viel rühriger gearbeitet werden müssen als bisher.

Wir möchten nachstehend, unter Benützung der Mitgliederzahlen vom dritten Quartal 1910, eine knappe Be-



Gau Düsseldorf mit 692 Mitgliedern nimmt jetzt wieder einen besseren Anlauf. Es sind aber noch enorme Anstrengungen notwendig, um vor allem die lethargie in Düsseldorf selbst abzuschütteln.

Eine Freude ist es, die Entwicklung im Gau Frankfurt a. M. (mit 2040 Mitgliedern) zu verfolgen. Was einst unmöglich schien, dem grenzenlosen Indifferentismus namentlich der Frankfurter Kollegen zu begegnen, hier ward's Ereignis. Der glückliche Ausgang des Gasarbeiterstreiks hat zum weiteren Aufschwung beigetragen, und die kürzlich erfolgte Anstellung eines Ortsbeamten wird auch die Festigung des errungenen Besitzes ermöglichen.

Und nun zu Hamburg, das mit 5321 Mitgliedern der größten Zentrale hart auf den Fersen ist. Trotz des herben Verlustes des Kollegen Bürger wird sich gewiß keine Stagnation zeigen, zumal, wenn es gelingt, die Lohnbewegungen auch fernerhin so wirkungsvoll und erfolgreich zu gestalten wie bisher. (Womit übrigens nicht gejagt sein soll, daß die Kollegen Anlaß zur Zufriedenheit mit den Lohnverhältnissen haben.)

Der Gau Hannover steht mit 662 Mitgliedern noch in den hinteren Reihen. Hier sind besonders viel Andersorganisierte zu finden, und es ist bezeichnend, daß die Hannoverischen Gasarbeiter auf dem Verbandstag der Fabrikarbeiter die Aufhebung des Kartellvertrages mit unserer Organisation verlangten und durchsetzten, wenn auch bislang daraus nichts geworden ist.

Aus Königsberg i. Pr. mit 576 Mitgliedern läßt sich ebensowenig viel erfreuliches berichten. Die demnächst stattfindende Agitation wird hoffentlich unsere Bewegung auch im „finstern Osten“ etwas kräftigen.

Der Gau Leipzig zählt 2262 Mitglieder, wovon nahezu die Hälfte auf die Stadt Leipzig fallen. Bei den vielen Mittelstädten dieses Gau'es steht uns noch eine reiche Arbeit bevor. Der jetzt abgebrochene Gasarbeiterstreik in Bwida ist leider ohne Erfolg geblieben. Es wird in Zukunft notwendig sein, die Chancen unseres Vorgehens noch sorgfältiger zu prüfen als bisher.

Gau Lübeck mit 766 Mitgliedern will auch nicht recht gedeihen. Gewiß hat der heldenmütige Kampf in Kiel unser Vordringen etwas gehemmt. Auch in Rostock nehmen die Maßregelungen kein Ende. Andererseits lebt an der Waterlante ein zäher, nicht erlahmender Menschenschlag. So dürfen wir auf baldige Aufwärtsentwicklung rechnen.

Gau Magdeburg (811 Mitglieder) hat eine große Anzahl neuerer kleiner Zentrale, die sich erst auswachsen müssen. Magdeburg selbst mit 546 Mitgliedern wäre mehr innere Einigkeit im neuen Jahre zu wünschen, dann kann es gern die jetzige Gauzahl allein aufweisen.

Im Gau Mannheim sind 2029 Kollegen in unserem Verbandsverbande, wovon die badische Handelszentrale allein 980 aufweist. Die Anstellung eines Ortsbeamten ist also nur eine Frage der Zeit. Trotz der nicht zu unterschätzenden Prozektion der „Gelben“ in Karlsruhe zählen wir in dieser Residenz doch bereits 286 Mitglieder. Alles in allem ist die Entwicklung dieses Gau'es als äußerst günstig zu bezeichnen.

Gau München weist 3065 Mitglieder auf. Leider hat Traunstein im dritten Quartal verlagt, sonst aber weist der Gau einen starken Prozentjah Organisierten auf. Trotz aller Begeisterungen gelingt es den „Christlichen“ nicht, uns Abtrag zu tun. In München sind wir mit 2300 Mitgliedern die Organisation der städtischen Arbeiter. Alles andere ist Fiktion. Wir erwarten, daß unsere Position auch im neuen Jahr sich weiter aufwärts bewegt.

Der Gau Nürnberg war lange Zeit das Schmerzenskind unseres Verbandes. Das ist nun glücklich überwunden. Mit 1956 Mitgliedern zeigt Nordbayern ein schönes Bild festen Aufstiegs, und nachdem in Nürnberg (1106 Mitglieder) ein Ortsbeamter fungiert, dürften die früheren Verheerungen

der Kollegen untereinander immer seltener werden. Wenn auch die „Hörsche“ im Trüben zu fischen suchen, es wird ihnen weder in Fürth (223 Mitglieder) noch in Nürnberg was rechtes gelingen.

Gau Straßburg mit 1063 Mitgliedern zeigt ein wechselvolles Bild. Erfreulich ist der Aufstieg in Freiburg in B. (175), während Straßburg (370) nicht recht klappen will. Die bürgerlichen Mehrheiten in Mülhausen usw. machten oftmals wieder zunichte, was einzelne Stadtverwaltungen aufzubauen bereit waren. Der sozialpolitische Ruhm von Straßburg, Freiburg usw. ist arg geschwunden, und Zentrumschwärze wetteifern mit „Liberalen“ an Rückständigkeit. Da werden die Elsässer Kollegen ohne größere Kraftanspannung und Geschlossenheit nicht recht weiter kommen.

Der 20. Gau, Stuttgart, ist eigentlich der erste, historisch betrachtet. Mit 2455 Mitgliedern umfaßt er das schöne Schwabenländle. Stolz steht Stuttgart mit 1597 Mitgliedern da, das durch einen Ortsbeamten bearbeitet wird. Verhältnismäßig spät gelang es nach vielen Versuchen unserem altbewährten Kollegen Altvater endlich, vor einiger Zeit in Ulm festen Fuß zu fassen, und jetzt sind dort bereits 142 Kämpfer gewonnen.

Von den 283 Einzelmitgliedern, die sich fast gänzlich aus dem Heil- und Pflegerpersonal rekrutieren, ist nur zu berichten, daß sie über fast ebenso viele Orte zerstreut sind. Sie könnten oft genug die notwendige Pionierarbeit leisten. Leider trifft dies einstweilen erst für ganz wenige zu.

Damit haben wir eine flüchtige Skizze aus den einzelnen Gauen entworfen. Die von uns nur angedeuteten Entwicklungslinien würden weit schärfer hervortreten, wenn es möglich wäre, von jedem Gau die organisierten und die organisierbaren Kollegen in Parallele zu stellen. Auch dieser nicht ganz erfreulichen Aufgabe werden wir uns später einmal unterziehen, selbst auf die Gefahr hin, den Widerspruch einzelner ungünstig „zensurierter“ Gawe zu erfahren.

## Die „Arbeiterfreunde“ im Münchener Rathaus.

### II. (Schluß.)

Doch nun kurz zu einem anderen Kapitel; nämlich der Regelung der Verhältnisse für städtische Arbeiter und deren Hinterbliebene.

Nach langen Verhandlungen in der sozialen Kommission gelangten am 20. Dezember die neuen Versorgungsbestimmungen für städtische Arbeiter und deren Hinterbliebene im Magistrat zur Beratung. Da die Beschlüsse auch noch das Gemeindefolkium zu passieren haben, wo hoffentlich da oder dort noch die besessene Hand angelegt werden wird, so wollen wir heute noch mit Details zurückhalten und uns mit einigen allgemein interessierenden Fragen beschränken.\*

Glücklicherweise haben die städtischen Kollegien dem Antrag des christlichen Verbandes, die Rente erst vom zehnten Dienstjahre ab zu gewähren, keine Folge gegeben. Der Anspruch soll vielmehr schon vom siebenten Jahre ab bestehen. Bei Unfall oder im Betriebe ohne Verschulden zugezogene Krankheiten treten die Bezüge ohne Rücksicht auf die Dauer der Dienstzeit, resp. nach einjähriger Dienstzeit, ein. Doch das nur nebenbei.

Was uns heute interessiert, das ist die Haltung der Rentumsgrößen im Magistrat, der Freunde des christlichen Arbeiterführers Märkl, deren Haltung wir zu Ruh und Frommen der städtischen Arbeiter an ein paar Beispielen festhalten wollen.

Entsprechend unserem Antrage hatte nämlich die soziale Kommission vorgeschlagen, auch die Arbeiterinnen (diese waren bisher ausgeschlossen) mit einzubeziehen, und sie rechtlich den männlichen Arbeitern völlig gleichzustellen.

\* Interessenten seien übrigens darauf aufmerksam gemacht, daß im Verlage der Zentrale München in den nächsten Tagen eine vom Gauleiter Franz Sebold bearbeitete Broschüre (Preis 20 Pf.) erscheint, in der die Geschichte der Versorgung Münchener städtischer Arbeiter seit ihren Anfängen aus dem Jahre 1868 geschildert wird, und wobei insbesondere die endgültigen neuen Bestimmungen entsprechende Erläuterung finden.



Im Magistratsplenium aber hatte sich die liberal-schwarze Koalition schon zusammengefunden. Es wurde nämlich beantragt, daß die Frauen bei Erwerbsunfähigkeit nur dann eine Rente erhalten sollten, wenn der Mann nicht mehr erwerbsfähig ist. Das Zentrum geberdete sich noch scharfmäckerisch, als ein Teil der Liberalen selber. Und die städtischen Arbeiterinnen bei der Stadthärtnerei, die Weidenstickerinnen, können sich dieshalb bei den Arbeitern bedanken. Nichts nützte die Darlegungen unserer Genossen, die vom Oberbaurat selbst Unterstützung fanden. Nichts nützte es, daß ausgeführt wurde, daß jener Arbeiter, der allein seine Familie ernähren kann, die Frau nicht wird 30 Jahr in die Arbeit schicken. Und einer Frau, die der Stadt treu gedient hat, soll deshalb auch die Rente nicht vorenthalten werden. Der Zentrumsrechtsrat Kanzer sprach sich dagegen aus, und bei der Abstimmung wurde mit 14 gegen 12 Stimmen den Frauen die Rente entzogen, wenn deren Mann noch erwerbsfähig ist. Ein „Pfeil Teufel“ den Schwarzen, die da geschlossen für die Verschlechterung stimmten. Neben den Sozialdemokraten hatten noch beide Bürgermeister, der Oberbaurat, einige liberale Räte und Magistratsräte zu den Arbeitern gehalten.

So leben die Freunde der Christlichen aus. Aber es kommt noch besser. Daß die Zentrumsler nicht dafür zu haben waren, daß auch die ungelieblichen Kinder einer ledigen Arbeiterin gegebenenfalls eine Waisenrente erhalten, ist zwar wenig menschlich, aber wenigstens in der allgemeinen Haltung des Zentrums in solchen Fragen begründet.

Aber was die städtischen Arbeiter empören muß, ist folgendes: Unser Verband hatte beantragt, daß die Grundrente der Witwe mindestens 15 Proz. des Jahresverdienstes betragen soll. In einer Versammlung der örtlich organisierten städtischen Arbeiter machten sich diese auch die Forderung für 15 Proz. zu eigen. Die soziale Kommission — so erhielt man in der Magistratsführung durch Rat Vierheilig — hatte durch Stichtenscheid des augenblicklichen Vorsitzenden, unseres Genossen Eduard Schmid, diese 15 Proz. angenommen. In der Magistratsführung mußte man aber erleben, daß man seelenruhig aussprach, die Arbeiterwitwe brauche — im Gegensatz zu der Beamtinwitwe — keine so hohe Pension, denn sie könne sich leichter um eine Arbeit umschauen, als die Frau eines Beamten. Als ob nicht schon durch den niedrigeren Verdienst des Arbeiters ohnehin die Witwenrente — aus der sich auch die Höhe der Waisenrente berechnet — magerer ausfallen würde.

Aber die tapferen Zentrumsler, die Freunde der Christlichen, stimmten gegen die Arbeiter. Mit 13 gegen 12 Stimmen wurde unser und damit zugleich auch der christliche Antrag auf 15 Proz. abgelehnt und an deren Stelle 10 Proz. gesetzt. Hätte einer dieser vom Zentrum so gehandelt, wie man es den städtischen Arbeiter immer vorzuschwafelt, dann wären die berechtigten Anträge der städtischen Arbeiter — auch der christlichen — in Erfüllung gegangen.

Oder stellen jetzt auch die Christlichen unerfüllbare Anträge? —

Wollen wir es damit genug sein lassen. Soviel steht fest, daß die Herren des Zentrums im Magistrat nichts von Verbesserungsanträgen selbst ihrer eigenen Parteigenossen — den Christlichen — wissen wollen. Und nachdem bereits die soziale Kommission zugestimmt hatte, nachdem die beiden Bürgermeister, der Oberbaurat und noch andere Herren zustimmten, werden die Herren des Zentrums wohl nicht wegen, etwa gar von unerfüllbaren Forderungen der Sozialdemokraten zu sprechen. Sie werden schweigen; aber um so lauter und eindringlicher werden die freigeorganierten städtischen Arbeiter ihren christlich organisierten Arbeitskollegen diese neueste Heldentat derer um Müll herum auseinanderzusetzen. So werden von den eigenen Parteifreunden die Anträge selbst der Christlichen behandelt. Aber eigentlich geschieht ihnen recht, denn auch hier gilt es: „Jedem Esel die ihm gebührende Decke.“

## Die Hamburger Arbeiterauschüsse.

### I.

Die Arbeiterauschüsse der hamburgischen Staatsbetriebe wurden 1908 eingeführt und nach den für sie aufgestellten Satzungen soll ihre erste Geschäftsperiode im April 1911 endigen. Die Neuwahlen werden also in nächster Zeit erfolgen müssen. Ob dieselben aber nach den Bestimmungen der noch geltenden Satzungen vorgenommen werden, steht noch nicht fest. Die Arbeiterauschüsse haben nämlich in einer Eingabe an den Senat beantragt, die Satzungen in wesentlichen Punkten zu ändern, und zwar noch vor den nächsten Neuwahlen. Die Eingabe unterliegt der Prüfung der Senatskommission für Staatsarbeiterangelegenheiten.

Die in Rede stehende Eingabe wollen wir ihren wichtigsten Teilen nach in dieser Abhandlung einer Besprechung unterziehen. Zunächst soll aber die nun alsbald zu Ende gehende erste Geschäftsperiode der Ausschüsse kritisch betrachtet werden.

Wie bereits bemerkt, bestehen für die Arbeiterauschüsse Satzungen. Diese bestimmen, welchen Zweck die Ausschüsse haben, wie sie gewählt werden und wie ihre Tätigkeit sich geschäftsordnungsmäßig gestalten soll. Aus den Satzungen lassen sich die Rechte der Arbeiterauschüsse erkennen, und da vor und bei Aufstellung der Satzungen die Staatsarbeiterchaft nicht gehört wurde, der Staat als Arbeitgeber also allein die Rechte der Arbeiterauschüsse festsetzte, so kann man an dem Maß der den Ausschüssen gewährten Rechte erkennen, wie der Staat, vertreten durch den Senat, sich die Arbeiterauschüsse und ihre Tätigkeit dachte. Da nun nach den Satzungen die Arbeiterauschüsse nur unter Einschränkungen als Arbeitervertreter angesprochen werden können und ihre Aufgaben sehr eingeschränkt und überdies problematischer Natur sind, so wurden die Arbeiterauschüsse (als Einrichtung, nicht die Personen) mit großem Mißtrauen aufgenommen. Insofern war eigentlich niemand von den Arbeitern zufrieden. In einigen Betrieben bestand bei der Arbeiterchaft sogar der Voratz, sich an der Wahl eines Arbeiterauschusses nicht zu beteiligen, um dadurch dessen Zustandekommen zu verhindern. Es bedurfte erst des energischen Eingreifens der Verbandsleitung, allenthalben die tatkräftige Mitwirkung der Arbeiterchaft herbeizuführen. Und in dieser Hinsicht ist also interessant: Vielfachen Behauptungen zufolge wurden die Arbeiterauschüsse errichtet, um die Arbeiterchaft dem Verbandsabwärtig zu machen. Demnach hätte die Verbandsleitung die Arbeiterauschüsse als Institution bekämpfen müssen, zumal sie als solche auch ja noch, wie angeführt, vom Standpunkte der Arbeiterchaft aus große Mängel aufwiesen. Die Verbandsleitung tat aber das Gegenteil, sie bemühte sich stets, den Arbeiterauschüssen nach allen Seiten und in jeder Hinsicht Beachtung und Einfluß zu verschaffen. Ohne diese Tätigkeit des Verbandes hätte der größere Teil der Arbeiterauschüsse überhaupt nicht wirken können, und dies würde an mehreren Stellen sicher Nachteile für die Arbeiterchaft und auch für den Staat zur Folge gehabt haben.

Im ganzen sind es 15 Arbeiterauschüsse. Mit Ausnahme des Arbeiterauschusses am Staatskai sind die Mitglieder derselben ihrer Mehrzahl nach gewerkschaftlich organisiert. Und da die Arbeiterchaft — wieder mit Ausnahme der Staatsarbeiter — ebenfalls ihrer großen Mehrheit nach organisiert ist, so sind diese Arbeiterauschüsse tatsächlich die Organe der Arbeiterchaft und jene haben andererseits an dieser Rückhalt.

Es muß hier aber noch eins hervorgehoben werden: die große Mehrzahl der Beamten hat die Einführung der Arbeiterauschüsse nur ungern gesehen. Die leitenden Beamten zeigten Widerwillen und die Unterbeamten empfanden Mißbehagen; jene sahen ihren Absolutismus bedroht, diese überließ eine Gänsehaut wegen des Prods an ihrem Steden. Und nun wurden die Beamten gar bestellt als Vorsitzende der Arbeiterauschüsse! Das war an einigen Stellen eine besonnene Situation. Allein — die in diesem Falle auch einmal in Arbeiterangelegenheiten ungewöhnlichen Wink des Senats wirkten. Was hätte sonst auch wohl werden sollen? Einige Beamte haben auch heute noch nicht begriffen, daß die Anklaffung der Arbeitervertreter in ihrer Eigenschaft als solche den offenen Kampf mit der Arbeiterchaft zur Folge haben würde.

In der von den Arbeiterauschüssen zurückgelegten Geschäftsperiode sind Maßnahmen von Arbeiterauschussmitgliedern nicht vorgekommen. Auch im übrigen ist im allgemeinen den Mitgliedern nichts in den Weg gelegt worden. Eine unruhigliche Ausnahme machte nur der Schlachthofdirektor Dr. Neumann, ein aus Pommern importierter Herr. Er schalt ein Mitglied des Arbeiterauschusses der Schlachthofdeputation einen Deber und Aufwiegler und drohte ihm mit Entlassung.

Die Verhandlungen der Arbeiterauschüsse wurden — ebenfalls wieder im ganzen genommen — einwandfrei geführt, sowohl subjektiv wie objektiv. Im Anfang der Geschäftsperiode allerdings nahmen sich ein paar Vorsitzende heraus, Arbeitervertreter im Korporalston anzufahren und mit Disziplinarmitteln zu drohen, und dies deshalb, weil die Arbeitervertreter Anträge stellten, die jenen Herren nicht paßten. Die Herren fühlten sich offenbar als Vorgesetzte. Aber diese Begriffsstutzigkeit wurde bei uns natürlich gelacht. Und ein paar Reklamationen genügten denn auch, eine sachgemäße Auffassung praktiziert zu sehen. Nur der Vorsitzende des Arbeiterauschusses der Schlachthofdeputation, der schon genannte Herr Dr. Neumann, kann immer noch nicht objektiv verhandeln. Erstens fehlt es ihm an der nötigen Ruhe und zweitens mangelt es bei ihm an der Sicherheit in der Anwendung parlamentarischer



Regeln. In letzter Zeit brinnt er nun schon regelmäßig zu den Sitzungen keine beiden Inspektoren mit. Alle drei Herren sprechen dann in der Regel zuerst zur Sache, und dann, wenn der Arbeitervertreter auch noch sprechen wollen, wird dem Herrn Vorsitzenden die Redezeit zu viel, er wird nervös und bricht die Rede ab, um zu einer anderen Sache überzugehen. Das kann nicht gebilligt werden! Die Herren Inspektoren sind in den Sitzungen des Arbeiterausschusses überhaupt nur sozusagen fünftes Rad am Wagen. Die Verwaltung kann auf Grund der Sitzungen freilich Beamte zu den Sitzungen heranziehen. Aber diese Beamten sind dann nur des Arbeiterausschusses wegen da. Die Körperschaft hält ihre Sitzung ab; die zuerzogenen Beamten sind nur dazu da, dem Arbeiterausschuss vorzutragen. Wortmeldung darf der Vorsitzende überhaupt nicht unterdrücken. Er darf also eine Sache nur im Einverständnis mit der Mehrheit der anwesenden Ausschussmitglieder verlassen. So ist es den Satzungen gemäß, und der Herr Doktor wird es noch lernen müssen. Aus der Praxis der übrigen Arbeiterausschüsse sind aber Rückschlüsse in subjektiver Beziehung nicht zu ziehen.

Sachlich hielten sich die Vorsitzenden der Arbeiterausschüsse meistens streng an die Satzungen. Nach diesen wird die Zuständigkeit der Ausschüsse und die Zulässigkeit der von ihnen ergriffenen Materien entschieden, sowie die geschäftsordnungsmäßige Behandlung derselben geführt. Daß darunter die Arbeiterausschüsse sehr gelitten haben, vor allen Dingen unter der geschäftlichen Behandlung der Vorlagen, weil dieses Verfahren so schrecklich bürokratisch ist, liegt an den Satzungen, nicht an ihrer Ausführung. Darüber wird weiterhin noch mehr zu vermerken sein.

Die Arbeiterausschüsse nahmen ihre Aufgaben stets sehr ernst. Sie sind für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in jeder Hinsicht eingetreten. Und insofern haben alle Arbeiterausschüsse Erfolge, zum Teil recht beträchtliche, aufzuweisen. Nur den Arbeiterausschuss am Staatslat müssen wir auch hier wieder ausstellen; derselbe hat nämlich nichts von Bedeutung zuwege gebracht. Dagegen haben mehrere der anderen Ausschüsse der Arbeiterschaft unschätzbare Dienste geleistet. Dies aber ferner auch noch insofern, daß sie nicht selten als Schutz- und Fürsprecher der Arbeiter wirkten. Durch ihr Eingreifen sind Entlassungen zurückgenommen, Strafen aufgehoben und Mißstände beseitigt worden. Die Arbeiterausschüsse haben ebenfalls ebensoviele dem Interesse des Staats wie dem der Arbeiterschaft gedient. Objektive urteilsfähige Mitglieder der Behörden haben das auch wiederholt anerkannt.

### Zur Neuordnung der Anstellungsbedingungen der Altonaer städtischen Arbeiter.

Wie noch erinnernlich sein dürfte, erklärte der Altonaer Magistrat im vorigen Jahre zu den damals von der Arbeiterschaft der Elektrizitäts- sowie Gas- und Wasserwerk gestellten Anträge auf Erhöhung der Löhne, eine generelle Aufbesserung der Löhne ohne zurecht nicht vorgenommen werden, jedoch werde man diese Frage in Erwägung ziehen bei der in Aussicht genommenen allgemeinen Neuregelung der Anstellungsverhältnisse aller städtischen Arbeiter. In welcher Beziehung die Anstellungsbedingungen neu geregelt werden sollen, wurde nicht gesagt. Die Arbeiterschaft indes war der Ansicht, die geltenden Einstellungsbedingungen müßten nicht nur neu geregelt oder zum Teil wirklich erst einmal geregelt werden, weil gegenwärtig von einer Regelung im eigentlichen Sinne des Wortes keine Rede sein könne, sondern es müßten zu diesen alten Einstellungsbedingungen neue hinzukommen. Wie die Arbeiterschaft sich nun die ihr vom Magistrat versprochene Besserstellung denkt, was sie insofern für notwendig hält, hat sie dem Magistrat und dem Stadtverordnetenkollegium in einer an sie gerichteten Eingabe nahegelegt. Es wird beantragt, die Arbeitszeit und die Lohnverhältnisse neu zu regeln, Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung einzuführen, einen Allgemeinen Arbeiterausschuss zu errichten und eine Allgemeine Arbeitsordnung herauszugeben.

Zu diesen Anträgen werden in fünf Anlagen Einzelbestimmungen aufgestellt und begründet. Die Arbeitszeit soll 8 Stunden für die Schichtarbeiter der Gasanstalt und 9 Stunden für alle übrigen Arbeiter betragen. Der Arbeitslohn soll ausschließlich in Wochenlohn bestehen. Ruhegehalt und Witwen- und Waisenrenten sollen aus den städtischen Mitteln gewährt werden. Der Allgemeine Arbeiterausschuss soll gebildet werden aus den Arbeiterausschüssen bei den Betriebsverwaltungen, und den Zweck haben, die Arbeiterschaft in Angelegenheiten zu vertreten, die zu regeln

der Magistrat sich vorbehält, und die Allgemeine Arbeitsordnung soll alle zur Angelegenheiten der städtischen Arbeiter erlassenen Bestimmungen enthalten, also gewissermaßen zu den letzteren ein Mandat geben sein.

Der Magistrat hat nun in einem Schreiben auf die Eingabe geantwortet, in der Neuregelung der Anstellungsverhältnisse der städtischen Arbeiter werde bereits gearbeitet und würden die in der Eingabe geäußerten Wünsche berücksichtigt, soweit dies möglich.

Die Arbeiterschaft sieht dem nun schon wiederholt abfertigten Reformvorschau mit hoch ungeduldeten und schmerzlichen Blicken entgegen. Sehr erklärlich! Auf all den berührten Gebieten ist so viel, wenn nicht alles, verbesserungsbedürftig. Einzelne Teile der Arbeiterschaft arbeiten noch, hier in dieser und dort in jener Hinsicht, unter Verhältnissen und Zuständen, wie sie in öffentlichen Betrieben nicht mehr zu finden sein dürften. Außer der so notwendigen Verkürzung der Arbeitszeit, in erster Linie für die Feuerhausarbeiter der Gasanstalt, in ein für alle städtischen Arbeiter geltender und einheitlich aufgestellter Lohnstarif eine unbedingte Notwendigkeit. Jetzt sind die Lohnverhältnisse bei der neuen Verwaltung unter diesem und bei der anderen unter jenem Gesichtspunkt geregelt. Das Bauamt aber zum Beispiel hat überhaupt die Löhne nicht geregelt. Er mißt in der Hinsicht jede Arbeitergemeinschaft mit einem anderen Maß, ganz willkürlich. Grundsätze sind da nicht wahrnehmbar. Deshalb mag auch der Magistrat zu der Ansicht gekommen sein, den Verwaltungen müsse die Festsetzung der Löhne entzogen werden. Ferner muß Altona nun auch jetzt endlich die Alterspension und Renteversicherung einführen. In dieser Hinsicht wurde schon lange genug gewartet und manches veräußert. Geld kostet es freilich. Das kann aber nicht entscheidend sein. Was die Eingabe dann weiter noch verlangt, ist mit Geldausgaben nicht verbunden. In diesen Punkten wird der Magistrat ohne weiteres den Wünschen der Arbeiter entsprechen können. Und schließlich soll noch ausgesprochen werden, daß nun schon recht viel Zeit verlossen ist, seit zum erstenmal die in Rede stehende Heilsbotschaft verkündet wurde und daß deshalb die Erfüllung wohl mit Recht alsbald erwartet werden darf. 29.

### Neue Konflikte in den englischen Gaswerken in Frankfurt a. M.

Es gibt Leute, die entweder gar nicht oder nur außerordentlich schwer etwas zu lernen imstande sind. Sie glauben, wenn sie von alterer nur geherstet haben, so muß das immer so bleiben, und sie stehen dann den sich Raum verschaffenden neuen Verhältnissen hilflos und verhandlungslos gegenüber. Ihrer alten Tradition bleiben sie aber treu: nämlich alles neu Emporkommende mit Gewalt zu unterdrücken. Zu diesen Leuten gehören auch die Herren von der englischen Gasgesellschaft, in allererster Linie der Herr Dr. Troth mit sein n Dandlangern in den Personen Praß, Gahn, Bachmann, Ringinger, Pirch usw. Galten die Frankfurter Gaswerke noch vor einem reichlichen halben Jahr als eine unbezwingbare Hochburg für die Organisation, so hat aber doch der Zahn des Organisationsalters derart an den morschen Pfosten genagt, daß sie vollständig zusammengeknirscht sind. Durch den Kampf im Bodenheimer Beck im Juni 1910 ist die erste und stärkste Festungsmauer schonungslos niedergeworfen worden, und nicht lange dauerte es, daß auch die weiteren eine nach der anderen langsam aus dem Wege geräumt wurden. Die nach vielen Hunderten zählende Masse der Frankfurter Gasarbeiter ist zu einem wuchtigen Ganzen vereinigt, und in Ruhe wie Entschiedenheit strebt der junge aber kräftige Kämpfer seine starken Glieder aus. Zürend und großend steht der Feind ihm gegenüber, von Zeit zu Zeit einmal die Franken zeigend, ohne aber nur in der Lage zu sein, den starken Felsblock, den die Organisation nun darstellt, irgendwie zu erschüttern. Der Ausfall der Arbeiterausschuwahlen hat den Herren aufs neue gezeigt, daß die Organisation ihren endgültigen Siegeslauf angetreten und beinahe vollendet hat. Das schien ihnen auch Veranlassung genug, um einen neuen Angriff vorzubereiten. Schon vorher hatte man es mit Versprechungen, und wo diese nicht halfen, mit allerhand Drohungen versucht, die Kollegen wieder von der Organisation abwendig zu machen. Der Erfolg blieb aus, deshalb sagte man sich, warum sollte man es nicht wieder einmal mit dem früher so gut bewährten Mittel der Gewalt versuchen. Dazu brauchte man aber erst eine Gelegenheit, denn gar zu offensichtlich wollte man die Sache nun doch nicht mehr wagen. Und die Gelegenheit kam, indem ein Unorganisierte, der von der gesamten Arbeiterschaft als ein geistig minderwertiger und in der Arbeit unfähiger Mensch bezeichnet wird, mit Organisierten Streit angefangen, die



ihn dann in besserer Weise abfertigten. Flugs trat der ganze Spindelapparat in Bewegung und die zwei Riffelräder erhielten die Kündigung, ohne auch nur im geringsten Gelegenheit zu erhalten, sich zu verteidigen zu können. Der Herr Dr. Drory sagte nur: „Wo Rauch ist, da ist auch Feuer.“ Auch der Herr Direktor schien inzwischen seine alte Robustität wiedererlangt zu haben, denn als ihn Kollege Marole dieserhalb befragte, geriet er in große Erregung und erbat für sich und seine Leute nun endlich Ruhe, da doch nun Arbeiterausschüsse gewählt seien. Dabei waren diese aber noch nicht einmal nach Verlauf von vier Wochen zusammengerufen, damit sie sich konstituieren konnten. Es mußte daher zu anderen Mitteln gegriffen werden, da die Erbitterung unter den Kollegen sehr groß war. In demselben Tage wurden dann auch noch Petten zu einer am Montag, den 2. Januar, stattfindenden Versammlung verheißt, die auch einen Massenbesuch aufzuweisen hatte; auch von den beiden anderen Werken waren viele Kollegen erschienen, um sich über den Gang der Dinge zu informieren. Die Situation wurde also eine sehr ernste. Das hatten auch die Herren in der Gastfabrik bereits erkannt und sie ließen noch kurz vor der Versammlung die Mitglieder des Ausschusses zu sich rufen, um diesen die Verechtigung der Entlassungen glaubhaft zu machen, indem man besonders darauf hinwies, daß wenig Arbeit für die Installateure vorhanden sei und noch mehr entlassen werden müßten. Die Kollegen im Ausschuss gaben darauf aber gleich die richtige Antwort, indem sie verlangten, daß dann die Arbeitszeit verkürzt werden soll. Das war ein schönes Zeichen der Solidarität, denn das bedeutet für die gesamten Spengler und Installateure einen Verlust von einem Stundenlohn pro Tag, was auch auf die Direktion nicht ohne Einfluß blieb, indem sie das zugab. Unmittelbar danach wurde auch die Kündigung des einen Kollegen zurückgenommen, bei dem anderen lehnte man es aber ab, weil gegen diesen noch einige aus dem Arbeitsverhältnis resultierende Beschwerden vorlagen. Ein Teilerfolg war also schon errungen. In der Versammlung legte Kollege Marole die Situation klar und hielt mit dem ganzen Verhalten der Direktion gründliche Abrechnung. In der Diskussion, die eine sehr lebhaft war, trat eine starke Kampfstimmung auf. Dann wurde der Arbeiterausschuss beauftragt, nochmals mit der Direktion wegen des zweiten Kollegen zu verhandeln und am nächsten Abend in einer weiteren Versammlung Bericht zu erstatten. Die zweite Versammlung war noch stärker besucht als die erste. Die Direktion blieb aber auf ihrem Standpunkt bestehen, was allgemein scharf kritisiert wurde. Die Versammlung nahm aber in Anbetracht der weiteren Umstände, die bei dem einen Kollegen mit zugrunde lagen, von weiteren Maßnahmen Abstand und brachte ihren Willen in einer entsprechenden Resolution zum Ausdruck. Die Sieger waren aber trotzdem wieder die Arbeiter. Die Direktion konnte nicht umhin, ihr Unrecht dem einen Kollegen gegenüber einzusehen. Rag sie daraus die Lehre ziehen, daß, wenn gewisse Leute kommen und andere verschmarozen wollen, sie sich erst herbeiläßt die Sache einwandfrei zu untersuchen, damit ihr nicht ihr einseitiges Handeln wieder einmal zum Verhängnis wird. Aber auch die Kollegen müssen daraus die Ruhanwendung ziehen, daß sie sich in ihren dienstlichen Obliegenheiten nicht zuschulden kommen lassen, denn hätte der zweite Kollege einwandfrei dagestanden, konnte auch er mit Leichtigkeit gehalten werden. Jeder Kollege soll auch Elemente, durch welche Fälle, wie der vorliegende, hervorgerufen werden, grundsätzlich meiden, damit ihnen keine Gelegenheit geboten wird, ihr schmutziges Handwerk auszuüben. Die organisierten Kollegen mögen aber um so fester zusammenhalten, damit wir allen Stürmen gewachsen sind und die Worte Geltung bekommen:

Die alten Vorurteile stürzen,  
Wenn wir geeint zusammenstehn;  
Und wo Gewalt und Willkür thronen,  
Dort werden Freiheitsbanner wehn.

R. M.

**Brief aus Eblingen.**

Bereits seit Juni 1908 schwebt in Eblingen eine Eingabe betreffs Schaffung einer allgemeinen Arbeits- und Lohnordnung. Verschiedentlich wurden in der Zwischenzeit Entwürfe ausgearbeitet, verwirft wurde aber keiner derselben.

Nach dem Abgang des früheren Vorstandes des Tiefbauamts, Bauinspektor Raisenbäcker, wurde der neuernannte Tiefbauinspektor Clement im Laufe des letzten Sommers mit der Ausarbeitung einer Vorlage betraut, der auch versprochen, das ganze soweit zu fördern, daß wenigstens die Lohnordnung noch vor Weihnachten dem Kollegium vorgelegt werden könnte. Dieses Vorhaben

wurde aber wieder durchkreuzt von einem Mitgliede der Bauabteilung, welche den Entwurf vorzubereiten hatte. Der Gemeinderat, Bauwerkmeister Blessing, verlangte nämlich, daß der im letzten Sommer abgeschlossene Tarifvertrag für das Baugewerbe zur Grundlage der Vorlage und der Beratungen gemacht werden müsse. Damit war selbstredend nicht beabsichtigt, die Vorteile des Tarifvertrags auch den städtischen Arbeitern zukommen zu lassen, sondern der in dem ersten Entwurf des Bauinspektors enthaltene Vorschlag der Einföhrung eines Tagelohns an Stelle des Stundenlohns hatte es dem Herren Baugewaltigen angetan und tatsächlich wurde die Vorlage des Bauinspektors demselben zur entsprechenden Umarbeitung zurückgewiesen.

In der Zwischenzeit fanden die Bürgerausschusswahlen statt, bei welchen sich die sozialdemokratische Partei von den zehn zu beschaffenden Mandaten fünf holte, bezw. neu gewann. Darob großer Schrecken im bürgerlichen Lager, der seinen Ausdruck in einer wahren Arbeitswut in der Kommission fand, um wenigstens die Lohnordnung noch durchzubrüden, ehe die durch die Neuwahl heruntergefallene bürgerliche Mehrheit nach Neujahr den Schauplatz ihrer „Tätigkeit“ verlassen mußte. Am 29. Dezember fand die Lohnordnung auch bereits auf der Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung der Kollegien.

Die Hoffnung der Reaktionsäre, den Entwurf im Plenum noch weiter verhungern zu können, war glücklicherweise eine trügerische. Durch die bagelicht tausenden Siebe der sozialdemokratischen Rathausvertreter wurden die Herren Bürgerlichen vollständig aus dem Konzept gebracht und die Folge war wenigstens die unverändert angenommene Vorlage, die zwar den Tagelohn nicht enthält, aber doch neben der im Sommer bereits durchgeführten Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde eine weitere von 2 bis 3 Pf. pro Stunde bringt.

Eine derartig „bewegte“ Sitzung hat der Rat der ehemals freien Reichsstadt Eblingen schon lange nicht mehr gehabt.

Bezahlt soll nun künftig werden:


<b>1. Ständige Arbeiter:</b>	
a) <b>gelernte von 18—23 Jahren</b> . . . . .	37—47 Pf.
23 Jahren an . . . . .	43—50 . .
b) <b>ungelernte Arbeiter</b> . . . . .	36—45 . .
Distriktsarbeiter . . . . .	37—47 . .
c) <b>Vorarbeiter</b> . . . . .	41—52 . .
ältere Arbeiter über 50 Jahre alt . . . . .	39—40 . .
<b>2. Unständige Arbeiter:</b>	
a) <b>gelernte von 18—23 Jahren</b> . . . . .	37—45 Pf.
über 23 Jahre . . . . .	41—49 . .
b) <b>ungelernte jugendliche</b> . . . . .	14—23 . .
von 18—23 Jahren . . . . .	38—39 . .
über 23 Jahre und nicht mehr als 50 Jahre alt . . . . .	35—43 . .
Invaliden und alte Leute . . . . .	26—36 . .

Die Arbeitsordnung soll in der nächsten Zeit auch vollends erledigt werden.

Soviel einstellten durchsichert, ist zwar an Einrichtungen sozialer Fürsorge, wie: Bezahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld — Bezahlung der Wochenfeiertage — Gewährung eines Urlaubs — Einrichtung einer Versorgungsliste usw. usw., so gut wie gar nichts vorgesehen. Die Organisation muß deshalb scharf auf der Wacht sein, wenn die Arbeitsordnung eine einigermaßen annehmbare Gestalt erhalten soll. Die vom Herrn Oberbürgermeister verlangte Dankagung der Arbeiter für die Gemeindevertretung war daher, abgesehen davon, daß ein derartiges Verlangen mindestens geschmacklos ist, immerhin verfrüht.

Zudem kann auch verraten werden, daß die Arbeiter, nur um des lieben Friedens willen, die paar Worte der Dankagung auf Vorschub geschriebe haben. Von Herzen kamen sie sicher nicht und wäre es deshalb zweckmäßig, für die Zukunft ein derartiges Verlangen nicht mehr an die Arbeiter zu stellen und sie damit wider Willen zur Heuchelei anzubalten. Wenn die Arbeiter einmal das vorläufig noch nicht im geringsten bestehende Bedürfnis haben, sich zu bedanken, dann werden sie schon selber Worte finden, die auch wirklich von Herzen kommen.

Felger Gedanken  
Vängliches Schwanken,  
Weibisches Jagen,  
Nengstliches Klagen  
Wendet kein Elend,  
Nacht dich nicht frei.

Allen Gewalten  
Zum Erus sich erhalten,  
Nimmer sich beugen,  
Kräftig sich zeigen,  
Rufet die Arme  
Der Öbter berdel. 



## Aus Politik und Volkswirtschaft

### Vom Reichstag.

Wenn diese Zeilen in der „Gewerkschaft“ erscheinen, wird der Reichstag nach fast vierwöchentlicher Weihnachtspause wieder zu neuer Arbeit zusammengetreten sein. Sie wird seine letzte Arbeit werden. Denn obwohl er erst im Januar 1907 gewählt ist, wird er sicher viel früher als Januar 1912 auseinandergehen. Unsicher ist nur das eine, ob sein Ende schon im Frühjahr oder erst im Herbst 1911 zu erwarten ist. Diese Gewißheit seines nahen Todes aber drückt schon jetzt allen Taten, Reden und Beschlüssen des hohen Hauses seinen Stempel auf.

Wer als neugewählter Abgeordneter in den Reichstag eintritt, ist zunächst fast verwirrt von dem Durcheinander, das sichtbar wirr- und planlos in diesem Parlamente herrscht. Als bald aber stellt sich ihm immer deutlicher heraus, daß dieses Getriebe ebenso planvoll wie kompliziert ist. Die tragenden Säulen im ganzen Bau dieses parlamentarischen Lebens, die eisernen Rippen in dem eigenartigen Lebewesen, „Reichstag“ geheißen, bilden die einzelnen Fraktionen. Das sind die festen Körperschaften, in die sich die vom Volke gewählten Anhänger der einzelnen politischen Parteien zu gemeinsamer Arbeit zusammengeschlossen haben. Während es z. B. im englischen Parlament nur zwei, ganz neuerdings drei solcher Fraktionen gibt, finden sich, von kleineren Gruppen ganz zu schweigen, im Deutschen Reichstag solcher sieben. Es sind die Konservativen, die Antisemiten, das Zentrum, die Polen, die Nationalliberalen, die Fortschrittler und die Sozialdemokraten. Diejenigen Abgeordneten, die keiner Partei angehören, schweben im Reichstag gleichsam in der Luft, schwimmen wie willenlose Holzstücke im Strudel der parlamentarischen Wässer dahin. Erst die Zugehörigkeit zu einer Fraktion schafft dem einzelnen Abgeordneten festen Boden für ein ersprißliches politisches Wirken unter den Jühen.

Freilich, diese Fraktionszugehörigkeit beschränkt ihn andererseits auch wieder. Denn wie das ganze Parlament selbst, so ist auch wieder jede Fraktion in sich ein lebendiger Organismus mit vielen Gliedern und Kräften. Auch die Fraktion existiert und arbeitet mit Erfolg nur, wenn sich jedes Fraktionsmitglied ihm als eine bloße Teilkraft ein, und dem Gesamtwillen der Fraktion unterordnet. In ihren Sitzungen, die sie genau so abhält wie der Gesamtreichstag die feinigsten, geht es genau so parlamentarisch zu wie dort. In ihnen nimmt die Fraktion Stellung zu den einzelnen gesetzgeberischen Fragen, die dort beraten und erörtert werden sollen. In diesem Sinne ist jede Reichstagsfraktion eine Art Vorparlament, wo jede Reichstagsangelegenheit zunächst vom Interessenstandpunkt der betreffenden Partei aus betrachtet und erörtert wird. Schließlich wird, so ist es wenigstens bei den Sozialdemokraten, durch Abstimmung beschlossen, wie sich die Fraktion zu den einzelnen Gesetzesvorlagen verhalten wird. Und darnach werden die zwei oder drei Mann bestimmt, die diese Vorlage speziell zu bearbeiten haben. Natürlich werden dazu immer die ausgemähten, die durch Verus und bisherige Tätigkeit sich dafür besonders eignen; aber auch der Fleiß und das Interesse des einzelnen entscheiden dabei. So zeigt sich auch in jeder Fraktion der Grundstab der Arbeitsteilung wirksam; so kommt es dann, daß bei den Beratungen im Gesamtreichstag, dem sogenannten „Plenum“, immer wieder andere zu Worte kommen, und daß der einzelne Abgeordnete nur verhältnismäßig selten redet. Wie man sieht, wäre es aber sehr falsch, aus der Seltenheit des Redens schon auf große Untätigkeit des Abgeordneten schließen zu wollen. Die Hauptarbeit liegt überall nicht im Plenum, sondern hinter den Kulissen, die dieses Plenum von allen Seiten, und im Hintergrunde am stärksten, umrahmen.

Neben den Fraktionen sind ebensolche tragende Säulen des Gesamtbaues der parlamentarischen Arbeit die Kommissionen, in denen jede Gesetzesvorlage, nachdem sie eine erste Beratung in den Fraktionen und im Plenum passiert hat, zunächst weiter behandelt wird. Diese Kommissionen sind wiederum eine Art von Vorparlament; aber sie sehen ganz anders aus wie die Fraktionen. Ihnen gehören Mitglieder aller Parteien an, und zwar in einer Anzahl, die der Stärke dieser Fraktionen entspricht. Auf etwa ein Duzend Fraktionsmitglieder kommt immer ein Kommissionsmitglied. Je stärker die Fraktion, desto größer also auch ihre Beteiligung in der Kommission, desto gewichtiger ihr Einfluß. Denn auch in den Kommissionen wird schließlich alles durch Abstimmung entschieden; die größte Zahl hat die größte Macht. Neben Abgeordneten aller Parteien sitzen in der Kommission Stuhl an Stuhl auch die Vertreter der Reichs- und Bundesstaatsregierungen. Denn aus deren Schoße stammen ja die Gesetzesvorlagen, die der Reichstag berät. Ihre Vertreter kämpfen in den Kommissionen von Paragraph zu Paragraph um jeden Buchstaben des von ihnen vorgelegten Wortlauts. Verge von Material werden von ihnen vorgebracht; eine Fülle von Fragen, von Zweifeln, von Gefahren werden von den Abgeordneten angebracht. Und oft ziehen sich die Kommissionsberatungen, die meist vormittags und drei- bis viermal in der Woche stattfinden, Monate ja Jahre hindurch in die Länge. Die Arbeit, die hier geleistet wird, ist eine wahrhaft

intensive, große, ernste. Dabei sind die Formen des Verkehrs unter den Abgeordneten der einzelnen Parteien und zwischen den Abgeordneten und den Regierungsvertretern auffällig freundlich und verbindlich, vielfach sogar herzlich. Gemeinsam zu leistende Arbeit verbindet ja überall die Beteiligten zu einer Art Kameradschaft. Die Parteigegeßnisse werden wie auf eine stillschweigende Verabredung zwar durchaus nicht verleugnet, aber in menschlich verbindlicheren Formen zur Wirkung gebracht.

Ganz anders, wenn dann die im Schoße der Regierung, der Fraktionen und der Kommission durchberatenen Entwürfe vor das Plenum des Reichstages gebracht und dort beraten werden. Da fallen alle bisher inne gehaltenen Rücksichten. Da gilt es, nur durch die Wucht des letzten Auftretens die Vorteile noch herauszuholen, die man durch mehr gütliches Verhandeln bisher nicht erzielen konnte. Darum stehen sich im Plenum die Parteien und Fraktionen stets vorwiegend als Gegner, als Feinde gegenüber. Auch die persönlichen Beziehungen, die selbstverständlich, schon infolge der Kommissionsarbeiten, herüber und hinüber bestehen, treten da fast ganz zurück. Da wird gekämpft und nur gekämpft. Da werden vom Rednerpult aus Hiebe ausgeteilt und Hiebe erwidert. Und auch die Regierung beteiligt sich an diesem oft leidenschaftlich dahindraufenden parlamentarischen Kampfe, den die drei Präsidenten abwechselnd leiten und überwachen, damit er bestimmte Grenzen nicht überschreitet, die unbedingt eingehalten werden müssen, wenn die parlamentarische Arbeit überhaupt geleistet werden soll.

Vom Reichstage gehen, wie von einem großen, entscheidungsvollen Mittelpunkte aus, ungezählte Verbindungsäden ins Land und Volk hinaus. Viele von ihnen verbinden schon den einzelnen Abgeordneten mit seinen Wählern. Andere unzählige pflegt die Tagespresse: alle großen Zeitungen haben im Reichstage ständig Korrespondenten, die dort, als Vertreter der Presse, ihre besonderen Arbeitszimmer, ja sogar ein eigenes Restaurant haben. Dann erscheinen die Vertreter der vielen, vielen Interessenverbände aller Art und jeden Ursanges im Schreiben, sonstigen Zusendungen und oft auch persönlich zu Konferenzen mit einzelnen Abgeordneten im Reichstage.

So ist dieser Reichstag in der Tat, trotz unserer nur halbkonstitutionellen Zustände in Deutschland, ein Nachmittelpunkt ersten Ranges. Und diejenige Bevölkerungskategorie übt in ihm zu ihrem Vorteil stets den größten Nutzen, die die stärkste Partei in ihn hineinschickt. Das gilt auch von der Arbeiterklasse. Und darum muß jeder Arbeiter dem Reichstage und seiner Tätigkeit, den kommenden Kämpfen und Wahlen um ihn, größtes Interesse entgegenbringen. Es dreht sich dabei stets um sein eigenes Wohl.

Berlin, 7. Januar 1911.

Paul Göhre.

## Wasserbauarbeiter

Freising. Am 6. Januar fand hier die Generalversammlung unserer Zilliale statt. Wie dem Bericht des Vorstandes und Kassierers zu entnehmen ist, hat sich unsere aus Wasserbauarbeitern bestehende Zilliale bereits auf 91 Mitglieder aufgeschwungen. Der Bestand der Lokalliste ist 304,00 Mk.; an Unterstützungen wurden im vierten Quartal 100 Mk. ausbezahlt. Gauleiter Sebald erstattete ein beifällig ausgenommenes Referat über die Wirkung des indirekten Steuersystems. An der Hand zahlreicher Beispiele brachte er den ganzen inneren Zusammenhang der Steuergeße den zahlreich versammelten Mitgliedern zum besseren Verständnis. Nach erfolgter Neuwahl des Ausschusses wurden erhebliche Klagen der Wasserbauarbeiter laut über die mangelhafte Beschaffenheit der Wasserstiefel, Leinen und Rettungsringe. Wiederholt hieß es: „Wer nicht hinein will (mit den schlechten Stiefeln ins Wasser), der kann gehen.“ Da leider die vierzehntägige Auszahlung immer noch nicht beseitigt ist, so sind die Arbeiter auf das Vorschuhnehmen angewiesen, der wieder bei gewissen Partien nur in der Kantine ausgegeben wird, so daß jeder, der Geld zu nehmen gezwungen ist, dorthin gehen muß. Auch sonst sind manche Vorarbeiter sehr selbstherrlich. Ein Arbeiter G. erhielt schon vom Bauamtmanne selbst einen um 20 Pf. höheren Lohn zugesichert, aber der Vorarbeiter Lachenmeier erklärt, es falle ihm gar nicht ein, dem Arbeiter diesen höheren Lohnsatz anzuweisen. Das macht er zum Trost. Ob das Ansehen der oberen Vorgesetzten auf solche Art bei den Arbeitern gewinnt, ist leicht zu entscheiden. Erfreulich ist zwar, daß der Lohn der Freisinger Wasserbauarbeiter dank der Tätigkeit in der Organisation von 3,20 Mk. auf 3,40 Mk. erhöht wurde. Aber die schon besser bezahlten Arbeiter gingen leer aus. Das Bauamt aber darf sich nicht wundern, daß nicht Ruhe wird, bis die Löhne auf einer Höhe stehen, die den Arbeitern ein Auskommen ermöglicht. Ebenso steht es mit den Entfernungszulagen und anderen sozialen Einrichtungen. Mit Befriedigung konnte der Gauleiter konstatieren, daß in der Zilliale Freising reger Fleiß und rege Tätigkeit zu finden sind, die anderen Zillialen zur Nachahmung empfohlen werden können.



### Notizen für Gasarbeiter

Der Gasarbeiterstreik in Widaun ist beendet. Nach rund viertwöchiger Dauer sind die Streitenden wieder in ihre Betriebsstelle zurückgekehrt. Anlaß hierzu bot, daß sich in den letzten Wochen die Situation nicht irgendwie zugunsten der Streitenden änderte, vielmehr war es der Direktion gelungen, den Betrieb mit neuen Kräften zu besetzen und aufrechtzuerhalten. Da auch noch für die nächste Zeit die Außerbetriebsetzung einzelner Oefen zu erwarten steht, so hätte sich die Situation für die Gaswerksdirektion noch günstiger gestaltet. Unter diesen Umständen erschien es ratsam, den Streit abzubrechen. Die Streitenden kehren somit zu den alten Bedingungen auf ihre Arbeitsplätze zurück. Das Resultat der ganzen Bewegung ist kein erfreuliches. Obgleich während des ganzen Streiks die Ausständigen fest zusammengestanden haben (nur ein einziger der Beschäftigten hat sich verleiten lassen, Streikbrecher zu spielen), ist ihnen der Sieg nicht geworden. Der Direktion ist es einzig und allein dadurch gelungen, ihren Betrieb aufrechtzuerhalten, daß in der ersten Zeit der Stadt freundliche Unternehmer zu Hilfe kamen und außerdem sich viele jener Elemente einfanden, denen eine Arbeiterrevue fremd ist. Auf die Dauer wird sich aber auch die Gaswerksdirektion dieses Sieges nicht erfreuen.

### Aus den Stadtparlamenten

**Krankhaft.** In der Gemeinderatsitzung vom 20. Dezember wurde eine neue Besoldungsordnung für die städtischen Beamten beraten und angenommen. Die neue Gehaltsordnung soll vom 1. Januar an Geltung haben. Auch der Stundenlohn der städtischen Arbeiter im Gas- und Wasserwerk wird vom 1. Januar ab um 3 resp. 2 Pf. erhöht.

**Stellingen.** Die bürgerlichen Kollegien haben beschlossen, die neue Lohnordnung für die städtischen Arbeiter in Kraft zu setzen, ebenso wurde die Erhöhung der Tagelohnsätze für Maurer- und Steinhauerarbeiten nach den Vorschlägen des Tiefbauamtes genehmigt.

**Frankfurt a. M.** Nach einem Beschlusse der städtischen Kollegien werden die städtischen Beamten, welche nicht in reichsgesetzlich der Unfallversicherung unterliegenden Betrieben beschäftigt sind, ferner die städtischen Angestellten, Bediensteten und Arbeiter sowie die Lehrer der kommunalen Unfallfürsorge künftig unterstellt. In der Begründung der Vorlage wird vom Magistrat darauf hingewiesen, daß gesetzlich auch in den unfallversicherungspflichtigen Betrieben der Stadt nur die Arbeiter, nicht aber die Betriebsbeamten und Techniker mit einem Gehalt von über 3000 M. versichert seien, ja, es läme vor, daß in ein und demselben Betriebe Angestellte versichert und nicht versichert seien. Mit einer beschränkten Anzahl von Beamten seien Versicherungen mit Privatgesellschaften abgeschlossen worden. Die Unterstellung unter die Unfallfürsorge geschieht dadurch, daß das Ortsstatut, betreffend Unfallfürsorge für städtische Beamte, die in reichsgesetzlich der Unfallversicherung unterliegenden Betrieben beschäftigt sind, auf die oben genannten Kategorien ausgedehnt wird. Ein Rechtsanspruch auf die vorgesehenen Renten wird jedoch nicht gewährt, die zu gewährenden Renten sind widerruflich. Die Zahlungen der Stadtgemeinde treten nur ergänzend neben die den beteiligten Personen oder ihren Hinterbliebenen a) aus der Krankenversicherung, aus der Reichsunfall- oder Invaliden- und Altersversicherung, b) gesetzlich oder vertraglich auf Grund von Zahlungen, welche die Stadtgemeinde für die betreffenden ausbringt, zuzustehenden Leistungen, und die betreffenden Personen müssen ihre Ansprüche zu a und b auf Verlangen des Magistrats mit allen gesetzlichen Mitteln verfolgen oder dem Magistrat die Verfolgung übertragen. Auf Personen, welche ein Kommunalamt nur als Nebenamt oder als Nebenstätigkeit ausüben oder ein Kommunalamt führen, das seiner Art oder seinem Umfange nach nur als eine Nebenstätigkeit anzusehen ist, auch wenn sie eine Entschädigung dafür erhalten, finden vorstehende Vorschriften nur insoweit Anwendung, als der Magistrat dieses besonders beschließt.

**Vantow.** Die Krankenversicherung der Gemeindegewerksarbeiter hat durch Beschluß der Gemeindevertretung eine Erweiterung erfahren. Es soll den ständigen bzw. ein Jahr tätigen Gemeindegewerksarbeitern in Krankheitsfällen während der Zeit von sechs Wochen der Wochenlohn weiter gezahlt werden unter Abzug des von der Masse zu leistenden Krankengeldes. Bei mehrmaliger Erkrankung im Laufe eines Jahres geschieht die Weiterzahlung des Lohnes nicht über dreizehn Wochen hinaus. Die hieraus entstehende Belastung der Gemeindegewerksarbeiterschaft ist erheblich. Für die Zeit vom 1. Oktober 1900 bis zum 1. Oktober 1910 würde sie beispielsweise 678,50 M. betragen haben. Die Gemeinde beschäftigt gegenwärtig 77 Arbeiter.

**Tegel.** Eine neue Gehaltsstaffel für die Beamten und Bediensteten der Gemeinde Tegel ist in der letzten Gemeindevertretersitzung beschlossen worden. Hiernach erhalten Gehälter: Obersekretäre von 3100 bis 5400 M., Sekretäre von 2800 bis 4800 M.,

Affizienten von 2400 bis 4000 M. Hilfsarbeiter von 1200 bis 2400 M.; Polizeiwachmeister von 2000 bis 3060 M., Polizeiergeanten von 1860 bis 2750 M. Es entfällt sonach auf die festangestellten Bureaubeamten eine jährliche Aufbesserung von 400 M., auf die Hilfsarbeiter sowie auf die Außen- und Betriebsbeamten eine solche von 200 M. Diese Gehaltserhöhung bedeutet für die Gemeinde Tegel eine Mehrausgabe von 21 700 M. jährlich. Ferner hat die Gemeindevertretung die Erhöhung des Stundenlohnes für die Gemeindegewerksarbeiter beschlossen. Leider ist nicht gesagt, was dabei herauspringt.

**Wilmersdorf.** Mit dem Einzug der Sozialdemokraten ist die beschauliche Ruhe der Gemeindevertretung dahin. In der letzten Sitzung wurde u. a. die zweite Beratung der Magistratsvorlage betreffend die Genehmigung des Entwurfs eines Gemeindebeschlusses über die Bewilligung von Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung für die ohne Pensionsberechtigung im Dienste der Stadt beschäftigten Personen behandelt. Das bisherige Ortsstatut besteht seit dem Jahre 1901; als eine Modernisierung notwendig wurde, hatte der Magistrat einen Entwurf ausgearbeitet, der leider manche berechnete Wünsche, die an anderen Orten längst erfüllt sind, unberücksichtigt ließ. Doch war der Magistratsentwurf immerhin ein Werk sozialen Verständnisses im Vergleich mit dem abgefeimten rückschrittlichen Produkt, das der von der Stadtverordnetenversammlung am Ende des vorigen Jahres eingesetzte Ausschuss zur Reife geformt hat. Schon der erste einleitende Paragraph des jetzt beschlossenen Ortsstatuts gibt ein Bild von den arbeiterfeindlichen Anschauungen, von denen die Stadtverordnetenmehrheit sich leiten läßt. Nach dem Willen des Magistrats konnte „den ohne Pensionsberechtigung im Dienste der Stadt beschäftigten Personen ein Ruhegeld und eine Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe usw.“ gewährt werden. In der Fassung des Ausschusses lautet dieser Paragraph: „Ten ohne Erwerb des Anspruchs auf Ruhegeld und Hinterbliebenenfürsorge im Dienste der Gemeinde Wilmersdorf dauernd beschäftigten Personen wird bei tadelloser und treuer Führung als Zuschuß zu den ihnen etwa auf Grund gesetzlicher Vorschriften zugehenden Bezügen ein Ruhegeld und eine Hinterbliebenenversorgung usw. . . . in Aussicht gestellt.“ Unser Kollege Kriebel setzte an der Hand einer Reihe Beispiele aus anderen Städten auseinander, eine wie rückschrittliche Anschauung in dieser Verschlechterung sich geltend macht. Er empfahl Zurückweisung der ganzen Vorlage an den Ausschuss, und in dem Falle, daß dieser Antrag abgelehnt werde, die Wiederherstellung der Magistratsvorlage. Auch der Fortschrittler Rüdtenmann trat für diesen Antrag ein, nachdem er u. a. auch das entsetzliche Juristendeutsch geäußert hatte, in dem der Ausschuss seine Arbeiterfeindlichkeit zum Ausdruck bringt. Der Ausschussentwurf fand aber trotzdem Billigung; die einzige Verbesserung, der die Mehrheit zustimmte, bestand in der Annahme eines von Kriebel beantragten Absatzes, der bei Unterbrechungen durch Krankheit günstigere Bedingungen für die Anrechnung der Beschäftigungsdauer schafft.

### Aus den Gemeinden

**Die Hamburger Straßenreinigung** feierte am 2. Januar das Jubiläum ihres 25jährigen Bestehens. In seiner Ansprache erinnerte Senator Holtkötter daran, daß am 1. Januar 1888 auf Grund eines Senats- und Bürgerschaftsbeschlusses die Straßenreinigung und Abfuhr in staatlichen Eigenbetrieb übernommen wurde. Der Betrieb, der von 25 Jahren mit 18 Vorarbeitern und 180 Arbeitern eröffnet worden sei, habe sich Hand in Hand mit dem fortschreitenden Wachstum Hamburgs zu einem größeren besonders organisierten Verwaltungsbetriebe entwickelt, in dem jetzt außer 59 schwebenden Beamten im ganzen 816 Vorarbeiter, Arbeiter, Wärter und Wärterinnen tätig seien, und da sich in neuerer Zeit gezeigt habe, daß das immer mehr anwachsende Arbeitspensum unter allen Umständen nicht mehr bewältigt werden kann, sei im Budget für 1911 die weitere Einstellung von 114 Personen beantragt, welche Zahl mit der Eröffnung des Betriebes der zweiten Verbrennungsanstalt noch um weitere circa 100 Arbeitskräfte vermehrt werden müsse. Die Verwaltung der Straßenreinigung habe bisher allen bezüglich einer befriedigenden Lösung dieser hygienisch außerordentlich wichtigen Aufgabe der modernen Großstadt zu stellenden Anforderungen genügt. Die Klagen, die aus den Kreisen der Öffentlichkeit noch zeitweilig vorgebracht würden, bezögen sich hauptsächlich auf die Staubbildung in den öffentlichen Straßen und die nicht schnell genug erfolgende Reinigung der Straßen nach größeren Schneefällen, Nebelhände, die sich bei dem großen Einfluß der Witterungsverhältnisse niemals ganz würden vermeiden lassen. Die Straßenreinigung und Abfuhr könne sich ebenfalls den besten Einrichtungen ähnlicher Art in anderen Großstädten an die Seite stellen und sei auch schon für viele andere Großstädte ein Vorbild geworden. Dieses günstige Resultat habe Hamburg der Treue und dem Pflichterifer aller in der Abteilung der Straßenreinigung und Abfuhr tätig gewesenen Beamten zu verdanken, und er benutze gern den Anlaß des heutigen Tages, um im Namen der Deputation den sämtlichen Beamten und Angestellten der Straßen-



reinigung den Dank und die volle Anerkennung für ihre Leistungen auszusprechen. Ganz besonderen Dank verdienen diejenigen Beamten und Arbeiter, die während der verfloffenen 25 Jahre ununterbrochen im Betriebe der Straßenreinigung mitgearbeitet hätten und er spreche diesen die Glückwünsche der Deputation zu dem heutigen Ehrentage aus. Herr Senator Holtbusen gab am Schluß der Hofnung Ausdruck, daß die Leistungen der Abteilung sich stetig steigern und auch künftig allen an sie zu stellenden Forderungen gewachsen zeigen möchten und brachte ein Hoch aus auf die Jubilare. Dann überreichte er den Jubilaren, nämlich den Herren Daurat Casperjohn, Meßkator Schneider, Aufseher Marquardt und Aufseher Neumann Anerkennungs schreiben der Deputation und den Arbeitern der Straßenreinigung Jörh. Grundlach, Müller I, Turlach, Damp, Hagenab, und Abiers 1 je eine silberne Denkmünze im Etui und je ein Geldgeschenk von 50 Mk. und dem Arbeiter Pope ein Geldgeschenk von 50 Mk. Bei den hierauf folgenden Ansprachen kam auch ein Vertreter der Arbeiter zu Worte.

**Widau.** Ein feines Geschäft hat die Stadt im vergangenen Jahre wiederum mit dem Kohlenzehnten gemacht, d. h. mit der Abgabe, die die vier zehnteusend Kohlenwerke pro Karren geförderter Kohle an die Stadt, unter deren Gebiet nach Kohlen gegraben wird, zahlen müssen. Der Gesamtbeitrag des Kohlenzehnten beläuft sich im Jahre 1900 allein auf 297 617 Mk. Bei dieser hohen Nebeneinnahme und einem Betriebsreingewinn von über 360 000 Mk., den die Stadt aus dem Gaswerk zieht, vermag sich ihre Verwaltung aber nicht einmal dazu aufzuschwingen, den städtischen Arbeitern auch nur einigermaßen auskömmliche Löhne zu zahlen.

**Aus unserer Bewegung**

**Dahlemb.** In der Generalversammlung vom 31. Dezember 1910 gab Kollege J. Schilling den Vorstandsbericht vom vergangenen Jahre. Abgehalten wurden sechzehn Mitglieder- und zwei Betriebsversammlungen sowie acht Ausschusssitzungen. Einnahmen wurden fünf gemacht, die noch der Berathung harrten. Den Kassenbericht vom 4. Quartal erstattete Kollege J. Hagen. Die Einnahmen betragen infl. Bestand 1473,35 Mk., die Filialausgaben 273,72 Mk. An den Verbandsvorstand wurden 42,00 Mk. in Quittungen und 273,72 Mk. in bar gesandt. Der Kassenbestand beträgt sonach 606,71 Mk. Die Mitgliederzahl iteg von 157 auf 175, darunter sind 16 neu gewonnene weibliche Mitglieder.

**Berlin.** Im „Korrespondenzblatt des Gewerkschafts der deutschen Gemeindefahrer“ beipricht in Nr. 1 der bekannte journalistische Verwandlungskünstler H. R. in seiner Weise die Delegiertenwahlen zur Betriebskrankenkasse der Berliner Straßenreiner vom 19. Dezember. Ein paar Charakteristika für die Kampfesweise und Gesinnung dieses Oberhirses mögen daraus der Vergessenheit entrisfen werden. So schreibt er mit einer seltsam anmutenden Bestimmtheit: „Alle diese Verdächtigungen (denen angeblich die armen Dirische von den Verbandskollegen ausgesetzt gewesen sein sollen) haben aber bei unseren Vereinskollegen keinen Anklang gefunden, nur die unorganisierten Arbeiter haben sich zum Teil zur Stimmabgabe für den Verband berleiten lassen.“ Schau, schau! Woher mag der „Edele“ das so genau wissen? Das ist ja ein nettes Eingeständnis dafür, wie der Ortsverein in holder Eintracht mit den behördlichen Wahlleitern in das Wahlgeheimnis eindringen gewußt hat. Außerst spähig ist es dann, wie H. R. seinen Schäfchen eine „Niederlage“ des Verbandes vorzugaukeln sucht. Er behauptet mit der ihm eigenen Stirn, die „Gewerkschaft“ hätte den Verbandskollegen etwas „vorgeklunfert“, wenn sie „behauptet, daß das Wahlergebnis als ein sehr günstiges zu bezeichnen ist.“ Beweise machen dem Guten natürlich, wie immer, keine Kopfschmerzen! Helfen wir also ein wenig nach:

Bezirk	Für den Verband			Für den Verein		
	1910	1909	Demnach	1910	1909	Demnach
Ia	123	92	+ 31	61	60	+ 1
Ib	47	42	+ 5	86	99	- 13
IIa	82	68	+ 19	82	86	- 4
IIb	81	65	+ 16	124	111	+ 13
IIIa	79	92	- 13	81	90	- 9
IIIb	72	42	+ 30	81	84	- 3
IVa	70	72	- 2	116	102	+ 14
IVb	47	39	+ 8	110	117	- 7
	601	507	+ 94	750	749	+ 1

Die Stimmenzahl des Ortsvereins stagnierte demnach, während die der Verbandskandidaten gegen die vorige Wahl um 18 Proz. stieg. Diese Feststellung zeigt deutlich, daß nicht wir, sondern der famose H. R. geklunfert hat. Nur noch ein paar solcher „Niederlagen“ — und die Vertrieblheit der „Dirische“ hat ein Ende! Damit

würde dann endlich auch der jedem Berechtigtengefühl hohnsprechende Zustand aufhören, daß auf 750 Wähler 33 Delegierte und auf 601 Wähler nur 7 Delegierte entfallen. Eine solche Jarce gönnen wir den Ortsvereinslern als „Sieg“; wenn ihnen nur nicht selbst bange davor wird. Wie weit ihr Rechtsbewußtsein bereits herunter ist, dafür diene als Beweis, daß ihr H. R. die Behauptung wagen kann, die in voriger Nummer der „Gewerkschaft“ bereits gekennzeichnete unglaubliche Auslosung im Na-Bezirk sei eine „statutengemäße“ gewesen. So etwas beschädigt die „Würde“ dieses Reichsverbands-Kandidaten auch nicht im geringsten, nur ein Eingehen auf von uns bewiesene Tatsachen hält er seiner „für unwürdig“. Der Pravel! Wir können es nachfühlen, wie brenzlich ihm das ist.

**Berlin.** Allgemein bekannt ist, daß die Arbeitsverhältnisse in der Parkverwaltung viel zu wünschen übriglassen. Die Klagen der Arbeiter sind ständige. Bekannt dürfte auch noch sein, wie kürzlich der Herr Oberbürgermeister Ritschner die wegen angeblichen Arbeitsmangels entlassenen Arbeiter mit Bibelsprüchen zu trösten versuchte. Die Entlassungen seien Gottes Wille. Im schroffsten Gegensatz zu den Entlassungen wegen Arbeitsmangels steht die Tatsache, daß eine Gruppe der Parkarbeiter, die Parkwächter, und zwar die Nachtwächter, jahraus, jahrein 365, im Schaltjahr 366 Tage Dienst tun müssen und das seit 24 Jahren. Auf Antrag des Arbeiterausschusses war im Juli des vergangenen Jahres beschlossen worden, den Nachtwächtern jeden dritten Sonntag eine freie Nacht zu gewähren. Der Beschluß wurde auch bekanntgegeben, die Bekanntmachung aber plötzlich wieder zurückgezogen. Bis heute besteht in der Mehrzahl der Reviere noch der durch keinen Ruhetag unterbrochene Dienst. Vielleicht schlägt der so bibelfeste und bibelsundige Herr Oberbürgermeister einmal das „Buch der Bücher“ nach. Schon auf der ersten Seite wird er den für diesen Fall zutreffenden Bibelspruch finden: „Sechs Tage sollst Du arbeiten usw.“ Wir nehmen an, daß ein Hinweis auf diese vom Herrn Oberbürgermeister für zuständig erklärte Instanz genügen wird, um den Parkwächtern zu ihrem Ruhetage zu verhelfen.

**Berlin-Weidensee.** Am 6. Januar fand die Generalversammlung der Sektion statt. Eingangs referierte Koll. Polenske über „Unser Verband, seine Ziele und Erfolge“. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Sodann fanden die Neuwahlen für die Leitung statt. Zum Sektionsleiter wurde Kollege P. Fiebig, zum Kartelldelegierten Kollege Winkler und zu Vertrauensleuten für den Tiefbau Fiebig, für die Straßenreinigung Torge und für die Parkverwaltung Väler gewählt. Kollege Polenske forderte die Anwesenden auf, die gewählten Kollegen in ihrer Tätigkeit nach besten Kräften zu unterstützen und für den weiteren Ausbau der Organisation zu arbeiten. Besonders notwendig ist eine größere Festigung im Mitgliederbestand, standen doch im verfloffenen Jahre 39 Neuaufnahmen nicht weniger als 40 Austritte gegenüber. Es gilt also im neuen Jahre nach dieser Richtung zu arbeiten. Nach Erledigung einiger Verbandsangelegenheiten schloß die Versammlung.

**Ebersfeld.** Das in unserem Verbandsorganisierte technische Bühnenpersonal reichte am 22. Dezember 1910 eine Eingabe an die Direktion ein, in welcher eine zehnprozentige Lohnzulage gewünscht wurde. Bis zum 24. Dezember, nachmittags 4 Uhr, wurde ein diesbezüglicher Beschreib von der Direktion erwartet. An diesem Tag fand denn auch die Verhandlung statt. Der Erfolg ist aus folgender Zusammenstellung zu ersehen. Es wurden resp. werden monatliche Löhne gezahlt:

	vor dem 1. Jan. 1911	nach dem 1. Jan. 1911		vor dem 1. Jan. 1911	nach dem 1. Jan. 1911
Schnürmeister	145	165	1 Arbeiter	115	125
Obermaschinist	135	145	1 Arbeiter	110	120
Teaterschreiner	150	140	2 Arbeiter à	105	110
2 Seitenführer à	125	135	2 Arbeiter à	100	100
Möbelträger	125	135	1. Beleuchter	115	120
1 Arbeiter	120	130	2	105	110

Für Extravorstellungen werden 1,50 Mk. gezahlt. Man sieht hier wieder, daß die Bühnenarbeiter etwas erreichen können, sobald sie eingesehen haben, daß sie sich ebenfalls organisieren müssen. Es wäre deshalb nur zu wünschen, daß sich auch die Berufscollegen anderer Bühnen unserem Verbandsorganisierten anschließen, damit auch für uns annehmbare Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden. Gerade die Bühnenarbeiter haben heute bei niedrigem Lohn unter oftmals unwürdigen Verhältnissen zu leiden.

**Schwabach.** Am 2. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Schlierf gab den Geschäftsbericht. Es haben 8 Versammlungen stattgefunden. Der Kassenbericht weist eine Zunahme von 19 Mk. auf, trotzdem hohe Unterstellungen bezahlt wurden. Der Mitgliederbestand ist von 18 auf 16 gefallen. Bei der Neuwahl der Gesamtverwaltung ist nachstehendes Resultat zu verzeichnen. 1. Vorsitzender wurde wieder Kollege Schlierf, Schriftführer Kollege Wöninger.



## Internationale Rundschau

**Frankreich.** Von den anfänglich des letzten Eisenbahnerstreiks verhafteten 21 Führern der Eisenbahnergewerkschaft werden noch immer 9 in Haft gehalten, in der sie wie gemeine Verbrecher behandelt werden. Einer derselben, Renaud, will durch einen Hungerstreik eine bessere Behandlung erzwingen. Gegen das Todesurteil, das das Schwurgericht in Rouen gegen den Gewerkschaftssekretär Durand wegen angeblicher Anstiftung zum Morde fällte, finden im ganzen Lande Protestversammlungen statt. In mehreren Departements wurde ein eintägiger Generalstreik aller Fabrikarbeiter durchgeführt. — Nach den Berichten von 948 Gewerkschaften mit 257 027 Mitgliedern waren im Oktober 1908 oder 5,3 Proz. arbeitslos gegen 7,2 Proz. im Oktober 1908. — Im Oktober wurden 112 Streiks und 2 Aussperrungen gegen 83 Streiks im gleichen Monate des Vorjahres gezählt; in 65 Fällen waren Lohnforderungen gestellt; von den 146 im Oktober beendeten Bewegungen waren 26 ganz, 64 teilweise erfolgreich und 56 erfolglos.

**Dänemark.** Unsere Kollegen in Amsterdambemühen sich durch ihre Organisation schon seit Jahren, den neunstündigen Arbeitstag zu erreichen, und im Jahre 1908 war es auch schon so weit gekommen, daß in der Stadtverordnetenversammlung ein liberaler „Arbeitervertreter“ die Einführung des Neunstundentages beantragte. Damals waren es die „Freisinnig-Demokraten“, die diesen Antrag zu Fall brachten, indem sie eine Untersuchung über die Möglichkeit, die Arbeitszeit mit einemmal oder nach und nach auf neun Stunden zu verkürzen, verlangten, was dann auch beschlossen wurde. Nachdem vier Jahre darüber verfloßen sind, hatten Bürgermeister und Magistrat von Amsterdam nun selbst den Stadtverordneten vorgeschlagen, den Gemeindefabrikarbeitern einen „mittleren“ Neunstundentag zu bewilligen, was so zu verstehen ist, daß in den Arbeitszweigen, wo infolge der Bitterungsverhältnisse die Arbeitszeit im Winter kürzer ist als neun Stunden, im Sommer um so viel länger gearbeitet werden sollte. Die Sozialdemokraten schlugen dagegen den neunstündigen Maximalarbeitstag vor samt Lohnerhöhung, waren aber auch bereit, das Gute, was der Antrag des Magistrats bot, als Abschlagszahlung hinzunehmen. Es wurde mit 23 gegen 18 Stimmen eine von den Liberalen vorgeschlagene Resolution angenommen, die sich gegen eine allgemeine Lohnerhöhung wendet. Im übrigen wird darin auch eine Untersuchung hinsichtlich einiger Gruppen von Gemeindefabrikarbeitern verlangt sowie eine Berechnung über die finanziellen Folgen einer teilweisen Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung. Die Sozialdemokraten hatten in der langen Debatte wiederholt betont, daß, wenn die Gemeindefabrikarbeiter sich die brüste Abweisung ihrer bescheidenen Forderungen einmal nicht mehr ruhig gefallen lassen, die liberalen und liberalen Herren nicht daran schuld sind.

**Oesterreich.** Nachdem der österreichische Gewerkschaftskongress die Grundlinien zur Verständigung mit den tschechischen Separatisten geschaffen, fanden wiederholt Konferenzen der beteiligten Faktoren statt. Der Konferenz vom 16. Dezember lagen Vorschläge der Reichsgewerkschaftskommission vor, die als „Grundprinzipien, nach welchen die Vertreter der Reichskommission mit den Vertretern der Prager Kommission in Verhandlungen zur Feststellung des Friedens eingehen können“, bezeichnet wurden. Diese Vorschläge erkennen die Existenz der Sonderorganisationen grundsätzlich an, doch sollen Lohnkämpfe organisatorisch einheitlich geführt werden. Zu diesem Zweck werden gemeinsame Ausschüsse gebildet, denen zur Durchführung der Beschlüsse ein Sekretär von der Reichsberufsorganisation beigelegt wird. Zu dem gemeinsamen Widerstandsfonds sollen auch die Sonderorganisationen einen obligatorischen Beitrag leisten. Sie können aber daneben örtliche Kampffonds ansammeln, um kleinere Streiks im eigenen Wirkungsbereich zu führen. Die tschechischen Organisationen sollen ihre Tätigkeit auf die Orte in Böhmen beschränken, an welchen sie bereits Zahlstellen haben, und eine auf die Spaltung der bestehenden Zentralorganisationen gerichtete Agitation unterlassen. In gemischtsprachigen Orten dürfen nur Zahlstellen von Zentralorganisationen errichtet werden. Ueber die insgesamt 18 Punkte, welche der Vorschlag enthält, wurde eine eingehende Debatte gepflogen, an deren Schluß die Tschechen erklärten, sie der tschechoslowakischen Gewerkschaftskommission und den autonomen Organisationen zur Erörterung vorlegen zu wollen. Es ist zu hoffen, daß endlich eine Verständigung zu Wege gebracht wird.

**Schweiz.** Der „Aufwärts“, das Organ unseres schweizerischen Bruderverbandes, erscheint im neuen Jahre in größerem Format. Die erfreuliche Entwicklung des Verbandes hat zu dieser Maßnahme geführt. Die Redaktion hofft, dem Organ dadurch in Mitarbeitern und Leserkreisen ein größeres Interesse zu erwecken. Je mehr Lesehoff wir unseren Mitgliedern bieten, desto mehr Aufklärungsarbeit verrichten wir, desto klassenbewußter wird die Arbeiterschaft, und die Ideen des Sozialismus finden bei ihr stärkere Wurzeln. — Ende 1909 hatte das Martell der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter den Stadtrat in Zürich um Gewährung einer Teuerungszulage von 10 Frank monatlich er-

sucht. Erst am 10. Dezember 1910 kamen die Herren zur Beratung dieser gerechten Forderungen. Das Resultat war: Die Martella sei um 5 Frank heraufzuziehen und vom 1. Januar 1911 ab denjenigen Arbeitern, die seit 1. Oktober 1907 im Dienste der Stadt stehen, eine Teuerungszulage von 5 Frank pro Monat zu gewähren. Damit gaben sich die Kollegen aber nicht zufrieden. In einer großen Protestversammlung vom 18. Dezember 1910 verlangten sie, den älteren städtischen Arbeitern die vom 1. Januar 1911 ab zu gewährende außerordentliche Lohnzulage von monatlich 5 Frank oder 20 Rappen im Tagelohn rückwirkend vom 1. Juli 1910 an zu geben, ohne für die Forderung einer Erhöhung des Maximums heute schon einzutreten. Ferner: Alle Arbeiter, welche seit 1. Januar 1910 in städtischen Diensten stehen, erhalten eine außerordentliche Lohnzulage von 5 Frank monatlich bzw. 20 Rappen täglich. Die Lohnmagazine werden in jeder Lohnkategorie um 10 Frank erhöht.

## Rundschau

**Der Raabiter Prozeß.** Noch ist das Urteil in dem Prozeß über die Raabiter Polizeischlägen nicht gesprochen; noch wissen wir nicht, ob sich der Reichsgerichtshof den ungewöhnlich hohen Strafanträgen der Staatsanwaltschaft anschließen wird. Aber wie immer das Urteil auch ausfallen möge, das eine läßt sich heute schon mit Bestimmtheit sagen: Die wirklich Schuldigen sind nicht die paar Dutzend Angeklagten, die die Polizei zufällig ergriffen und auf die Anklagebank gebracht hat, sondern die Polizei und ihre Sachwalter. Elend zusammengebrochen ist das heutige Polizeisystem, elend zusammengebrochen das System der Klassenjustiz, elend zusammengebrochen das Rügengewebe, das gewisse Kreise so fein gesponnen zu haben glaubten, das aber nicht standhalten konnte vor den nackten Tatsachen — trotz Beuthmann und seiner Freunde aus dem Lager der Scharfmacher, die nun tränenden Auges mit ansehen müssen, wie ihre Felle davonschwimmen. Zwei Monate hat der Prozeß gedauert, 676 Zeugen sind vernommen worden, und jeder Tag hat aufs neue und immer zwingender den Beweis dafür erbracht, daß Preußen kein Rechtsstaat ist, in dem das Gesetz herrscht, sondern ein Anrechtsstaat, ein nackter Polizeistaat, in dem die rohe Gewalt der Polizeihäuel herrscht. Preussischer Polizeihäuel und russische Kossakenhäuel! Groß ist der Unterschied zwischen beiden wahrhaftig nicht. Blindlings haben Polizisten auf friedliche Passanten dreingeschlagen, und so mancher Verbrecher der Polizei ist durch die „Schlagenden“ Argumente, die er am eigenen Körper zu spüren bekommen hat, zu einem wütenden Gegner derselben geworden. Nicht vom sogenannten Klauenteller befallene Leute sind es, die da als Zeugen für polizeiliche Greuelthaten auftraten, sondern Leute, die ein gerechtes Urteil haben, die an sich mit den Schuppleuten durchaus sympathisieren, ja sogar Männer von hochkonserverativer Gesinnung, die einzig und allein die Liebe zur Wahrheit bewogen hat, vor Gericht auszusagen. Und was sie aus sagten, das ist so belegend, so niederschmetternd und in seiner Fülle und Massenhaftigkeit so überwältigend, daß jeder objektive Beurteiler sagen muß: Hier handelt es sich nicht um einzelne Fälle polizeilicher Uebergriffe, hier handelt es sich um ein System. Männer und Frauen, die müde von schwerer Tagesarbeit ihr Heim aufsuchen wollten, Frauen und Kinder, die ihre Gatten und Väter erwarteten, ruhige Passanten, die nichts Böses ahnend, auf die Straßenbahn warteten, Bürger, die nach Feierabend ihren gewohnten Abendhappen tranken, sie alle haben Bekanntschaft mit dem Polizeihäuel gemacht und können froh sein, wenn sie nicht noch auf die Anklagebank gezerrt wurden. Die Feder träubt sich, die vor Gericht bekundeten Greuelthaten im einzelnen zu schildern oder die gemeinen Schimpfworte auch nur anzudeuten, die die Schuppleute ehrbaren Frauen zugerufen haben, immerhin geben wir weiter hinten eine kleine Probe davon. Ja, nicht einmal Frauen in gefegneten Umständen, die doch selbst den Wilden ein Gegenstand der Ehrfurcht sind, wurden geschont. Der Staatsanwalt freilich hielt die von der Verteidigung geladenen Belastungszeugen der Polizei nicht für glaubwürdig. Hundert Zeugen, die unter ihrem Eide aus sagten, daß sie Widerhandlungen gesehen haben, galten ihm nichts gegenüber einem einzigen Zeugen, der nichts gesehen hat, weil er nichts sehen konnte, da er entweder gar nicht an dem Tatort gewesen ist oder nur zu einer Zeit, wo nichts los war. Und was sind das für Zeugen, die sich auf den famosen Aufruf des Polizeipräsidenten gemeldet haben! Ist es an sich schon ein Bild völliger Hilflosigkeit und Verzweiflung, daß der Berliner Polizeipräsident, nachdem der Prozeß schon wochenlang im Gange war, in den Tageszeitungen nach Zeugen suchen muß, so ist es geradezu mitteiliderregend, wenn man sieht, was sich alles als Zeuge angeboten hat. In der Hauptstadt De am te, zum Teil junge Leute, wie jener 20jährige Supernumerar aus Berlin, der Tups eines Strebers, dem Karriere zu machen als einziges Ziel vor Augen schwelbt. Dazu die stillliche Zahl von Frauen, die auf die Frage der Verteidigung gestanden mußten, daß sie Frauen von — Polizeibeamten sind. Nicht, als ob wir ihre Anzeigen irgendwie anzweifeln wollen, aber wie kann dieser Landsturm des Herrn v. Raabow, dem es nach drei Monaten plötzlich einfiel, dem gefährdeten Polizeipräsidenten Hilfe zu leisten, wie kann dieser



Sandsturm irgendwie das enträften, was durchaus glanzwürdig: Zeugen, freiwillig und selbst des gesellschaftlichen Postkotts ihrer Kameraden nicht achtend, beidworen haben? Wie die Schlichter, so wollen auch die Polizeioffiziere weder selbst Mißhandlungen begangen, noch irgendwelche Mißhandlungen ihrer Untergebenen gesehen haben. Was will es bezagen, wenn Tübende und Aberdunkende von Zeugen auftreten, die das Gegenteil beidwören, was tut es, wenn die Verprügelten und Mißhandelten sogar persönlich — teils mit verbundenen Gliedmaßen, teils die Narben ihrer Wunden anweisend — den Gerichtsstaat betreten? Die Polizei weiß von nichts, sie erinnert sich an nichts, sie hat nichts gesehen. Fehlt nur noch, daß sie sagt, die Zeugen haben sich die Wunden selbst beigebracht! Heretrumpft wird die uniformierte Polizei — wenn man von der Singeisenen Knüttelgarde, jenen mit Revolvern und Gummischläuchen bewaffneten berufsmäßigen Streifbrechern absieht — nur noch von ihren Kollegen in Zivil, den Kriminalbeamten, die in seltenen stattlicher Zahl in jenen Tagen in Moabit gehalten haben, nicht um Ordnung zu schaffen, sondern um den Behörden Gelegenheit und einen Vorwand zum Einschreiten zu geben. Wenn irgendwo, so hat sich hier der Satz bewahrheitet, daß vom Spieß zum Lockspieß nur ein Schritt ist. Die Spießleuten wagen diese Gentlemen nicht in Abrede zu stellen, Lockspießeilen beitreten sie, aber ihr Abstreuen nützt ihnen nichts, zuviel Augen haben ihre Geldrenten beobachtet, zuviel Ohren ihren Gesprächen gelauscht, und so blieb denn ihrem in die Enge getriebenen Chef, dem Berliner Polizeipräsidenten, nichts weiter übrig, als ihnen seine Genehmigung zur Aussage zu geben. So hat denn Herr v. Japow sich selbst und sein System gerichtet, und die Orden, die den Gelden von Moabit an die Brust geheftet wurden, mildern die schwere Schuld nicht, die auf ihnen lastet. Aber nicht nur die Polizei, auch die Justiz hat eine empfindliche Niederlage erlitten. Die von Erfolg gekrönten Bemühungen, Angeklagte ihrem ordentlichen Richter zu entziehen, um sie vor eine als zuverlässig — zuverlässig im Sinne der Anklagebehörde — bekannte Strafammer zu bringen, dürften ebensowenig er gnet sein, das Vertrauen in unsere Rechtspflege zu schenken, wie die Beschränkung der Anklage auf Personen, die der Arbeiterklasse angehören. Es steht fest, daß zahlreiche Personen verhaftet, aber, ohne daß es zur Erhebung einer Anklage kam, wieder freigelassen wurden, die genau dieselben Verbrechen begangen haben, wie die meisten der Angeklagten. Und warum ist Ihnen nichts passiert? Warum wollte sie der Arm der Gerechtigkeit nicht erreichen? Weil sie keine Arbeiter, weil sie Beamte oder Leute in beamtendähnlichen Stellungen sind, die man doch unmöglich auf die Anklagebank bringen kann, wenn anders man nicht selbst seine Absichten, die Vorgänge in Moabit als von der Sozialdemokratie direkt oder indirekt angereizt erscheinen zu lassen, durchkreuzen will! Durch Zufall ist diese Methode an den Tag gekommen: ein Inhabhaber, der Sohn eines Kriminalbeamten, weigerte sich, auf den ihm von der Polizei angebotenen Postlauf um 25 Mk. einzugehen, und so mußte er mit auf der Anklagebank Platz nehmen. So ist es dann erwiesen: Arbeiter werden wegen der geringfügigsten Vergehen unweigerlich unter Anklage gestellt, Angehörigen anderer Klassen gibt man Gelegenheit, ihr Vergehen durch Abbitte oder Zahlung von Ablösegeld wieder gut zu machen. Si duo faciunt idem, non est idem, d. h. wenn zwei das gleiche tun, so ist es nicht das gleiche. Klassenjustiz in des Wortes vollster Bedeutung. Noch bevor die Beweisannahme beendet war, hat der höchste Beamte im Reich und in Preußen, der oberste Vorgesetzte der Staatsanwaltschaft, Herr v. Bethmann Hollweg e. g. sich nicht scheut, der Sozialdemokratie die moralische Verantwortung aufzubürden und jealide Hebergriffe von Polizeiführern in Abrede zu stellen. Das Märchen von der moralischen Verantwortung der Sozialdemokratie hat selbst die Anklagebehörde nicht mehr aufrechterhalten können. Der Erste Staatsanwalt versichert kleinmütig, daß er so etwas niemals behauptet habe. Das stimmt nun zwar nicht, aber wir wollen mit Herrn Steindrecht darüber nicht rechten. Wichtiger wäre, daß Bethmann Hollweg seine Verheerung zurudnimmt und eingesteht, er sei falsch unterrichtet gewesen. Aber das darf er ja nicht, denn die Scharfmacher, in deren Mann er sich befindet, brauchen Material zu Ausnahmegerichten gegen die Arbeiter, und dieses Material sollte ihnen der Moabiter Prozeß liefern. Der Prozeß hat nicht erfüllt, was die Scharfmacher von ihm erwarteten, aber was tut's? Der Reichsländerverband wird schon nachhelfen und dafür sorgen, daß das Volk über die wirklichen Vorgänge im Dunkeln bleibt. Da heißt es denn, den Spieß umdrehen und jener Vögelnschleiferei zuvorkommen. Sache der Arbeitervertreter im Reichstag und Landtag muß es sein, bei der ersten Gelegenheit die Moabiter Vorgänge in den Parlamenten zur Sprache zu bringen und vor allem das gemeingefährliche Treiben der Polizei an den Franer zu stellen. Aber auch unsere Kollegen müssen in ihren Kreisen aufklären wirken, damit als Fazit von Moabit außer der moralischen Niederlage der Scharfmacher auch noch eine tüchtige Stärkung unserer Positionen errungen werde.

**Arbeiterbildung.** Den Berliner Arbeitern ist im Winter immer reichlich Gelegenheit gegeben, ihr Wissen zu bereichern. Es sei nur auf die am 15. Januar wieder beginnenden Kurse der Arbeiterbildungsschule hingewiesen. Der Lehrplan für das 1. Quartal 1911 enthält folgende Vortragsthemen: Sonntag: Nationalökonomie

(Theorie und Praxis der Statistik), Vortragender: Grunwald; Montag: Naturerkennnis, Vortragender: Barm; Dienstag: Rednerschule, Vortragender: Grunwald; Mittwoch: Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus, Vortragender: Forchardt; Donnerstag: Geschichte, Vortragender: Dr. Conrad; Freitag: Gewerkschaftswesen, Vortragender: Dittmer; und Sonnabend: Geistesgeschichte, Vortragender: Dr. Cohn. Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 8 1/2 Uhr und endet pünktlich um 10 Uhr. Der Sonntagskursus beginnt pünktlich um 10 Uhr und endet pünktlich um 12 Uhr. Der Fortschrittskursus findet im „Gewerkschaftshaus“, Zimmer 11, statt. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach pro Kursus 1 Mk. und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt bei Beginn jedes Kurses im Eckulofal Grenadierstraße 37, Post geradezu 1 Treppe, und in nachstehenden Zählstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Meul, Barnimstr. 42; Vogel, Vorkingstraße 37; W. Maczowski, Ravenstr. 6; Dorich, Engelauer 13.

Auch die „Arie Hochschule Berlin“ beginnt jetzt ihren Winterkursus. Das Programm ist gleichfalls sehr reichhaltig. Zu 111 Vollen werden die wichtigsten Fragen der Weltanschauung, Aesthetik, Literatur, Volkswirtschafts- und Rechtslehre, Naturwissenschaft, Medizin und Technik in allgemein verständlicher Form behandelt. Das 62 Seiten starke Programm wird wie bisher kostenlos auszugeben in allen hiesigen Verleichen, in allen öffentlichen Bibliotheken und in sämtlichen Filialen von Kocher u. Wolf. — Auch in zahlreichen anderen Städten beginnen neue Fortbildungskurse aller Art. Wir können unseren Kollegen nur dringend empfehlen, sich möglichst zahlreich an diesen Veranstaltungen zu beteiligen.

**Verklärung wertvoller Nahrungsmittel.** Gelegentlich bekommt das deutsche Volk Sparjamleitsanwandlungen. Tausendmal haben wir hingewiesen auf die beispiellose Verschwendung, die im Alkoholgenuß liegt, auf die Milliarden, die zum Fenster hinausgeworfen werden, auf die ungeheuren, an Größe mehreren Provinzen gleichkommenden Flächen Landes, deren Erträge vernichtet werden, auf die Hunderttausende erwerbsfähiger Menschen, die nur im Dienste der Volksvergottung leben usw.; aber davon mag man zumeist nichts hören. Man will das nicht wissen und beachten, eben weil es einem nicht paßt, und darum steckt man den Kopf in den Sand. Wir werden aber nicht ablassen, all das Wahnsinnige aufzudecken, das die überlebte verhätschelte Trinitätsite mit sich bringt, bis man endlich leben und zur Tat sich aufraffen muß. Nach den statistischen Mitteilungen der Igl. Verlechtsstation zu Weihenstephan und Nürnberg, 1908, bringt die neuerdings umgestaltete Zeitungs-Korrespondenz „Die Alkoholfrage“ eine etwas flüchtige, aber lehrreiche Hebersicht über die Menge der Verlechtsung der alkoholhaltigen Getränke vertriebenen Nährstoffe. Wir geben nachstehend die Zahlen wieder, haben nur bei den Moble-4 Proz. abgezogen, da beim Bier offenbar der aus der Stärke entstehende Alkohol noch als „Stärke“ gerechnet war. In Deutschland werden jährlich etwa 73 000 000 Hektoliter Bier erzeugt. Dazu sind etwa 1 900 000 000 Kilogramm Gerste erforderlich. Darin sind folgende Nährwerte enthalten:

	Getreid	Bier	Stärke	Sätze
Gerste	202 400 000	38 000 000	1 206 180 000	46 800 000 kg
Bier	38 500 000	—	438 000 000	14 400 000 kg
Verlust	165 900 000	38 000 000	828 180 000	81 760 000 kg

Zur Herstellung des Branntweins dienen nach jener Statistik 403 057 000 Kilogramm Getreide und 2 632 345 000 Kilogramm Kartoffeln. Diese enthalten von den oben genannten Nährstoffen:

	Getreid	Get	Stärke	Sätze
Getreide	41 237 720	3 060 000	206 917 620	8 000 000 kg
Kartoffeln	52 646 900	3 948 517	626 409 000	26 323 450 kg
Gesamter Verlust	262 884 620	48 008 517	1 021 546 620	66 083 400 kg

Diese Hebersicht ist nicht vollständig und nicht fehlerfrei; sie genügt aber, um jedem deutlich zu machen, was für eine ungeheure und unnütze Verschwendung wichtigster Nahrungsmittel mit der Verlechtsung von Bier und Branntwein verbunden ist. Trinkefreunde nennen den Alkohol gern eine „Gottesgabe“. Nein! Man zerstört die edle Gottesgabe und gewinnt daraus den Drogenkranz, der so namenloses Unglück über das Volk bringt. Vor allem muß striktester Schnapsboykott innegehalten werden.

**Einkommen und Miete.** Ueber das Verhältnis zwischen Miete und Einkommen veröffentlicht der Direktor des Schöneberger Statistischen Amtes, H. Maczowski, eine wertvolle Untersuchung auf Grund sämtlicher bisheriger amtlichen Erhebungen in deutschen Städten. Schon 1867 wurde eine solche Untersuchung vorgenommen, und zwar von dem Leiter des Statistischen Bureaus der Stadt Berlin, Schwabe. Schwabe behandelte Einkommen und Miete der noatlichen und städtischen Beamten Berlins mit einem Gehalt von weniger als 1000 Talern und verglich sie mit Einkommen und Miete der Einkommensteuerspflichtigen mit einem Einkommen von mehr als 1000 Talern. Er kam dabei schon zu dem Schluß, daß je ärmer jemand ist, desto größer ist die Summe, die er im Ver-



Verhältnis zu seinem Einkommen für Wohnung ausgeben muß". Alle vorher in Hamburg, Dresden, Leipzig, Magdeburg, Breslau, Essen, Schöneberg und in einer Reihe jüdischer Städte vorgenommene Untersuchungen haben diesen Schluss bekämpft, der noch durch einen anderen ergänzt wird, daß je kleiner die Wohnung, desto teurer der für den Quadratmeter zu zahlende Mietpreis ist, wenn man von den großen Luxuswohnungen absteht. — Aber diese weiteren Untersuchungen haben noch ergeben, daß das von Schwabe gezogene Verhältnis nicht im Abnehmen begriffen ist, sondern sich verschärft. Für diese Tatsachen sind besonders beweiskräftig die mehrmaligen, von dem Statistischen Bureau der Stadt Hamburg veranstalteten Untersuchungen, die sich über einen Gesamtzeitraum von 23 Jahren ausdehnen. Während die Einkommen von 900 bis 1200 Mk. bei der letzten Erhebung 1900/01 24,7 Proz. das ist rund ein Viertel, für Miete bezahlen mußten, sank dieser Betrag bei den Einkommen von 6000 bis 9000 Mk. auf 15,1 Proz. und bei den höchsten Einkommen von über 60 000 Mk. auf 3,0 Proz. 1867/68 hatten die Angehörigen der untersten Steuerstufe erst 19,8 Proz. ihres Einkommens als Miete zu bezahlen, 1900/01 dagegen 21,7 Proz. Umgekehrt hatte sich bei den Einkommen von über 3000 Mk. dieser Prozentsatz ermäßigt. Er betrug z. B. bei dem Einkommen von 4800 bis 5400 Mk. im Jahre 1867/68 19,2 Proz., im Jahre 1900/01 nur noch 16,8 Proz. Bei dem Einkommen von 18 000 bis 30 000 Mk. war er von 10,4 auf 8,4 Proz., bei dem von über 60 000 Mk. von 3,7 auf 3,0 Proz. gesunken. Die Mietquote ist bei den kleinen Einkommen gestiegen, bei den großen gesunken; das sind die beiden wenig erfreulichen Resultate, zu denen man auf Grund des vorliegenden Materials kommen muß.

Ein Seminar für Genossenschaftswesen soll in Halle a. S. eingerichtet werden. Der neue preussische Etat wird die nötigen Mittel hierzu fordern. Wie die „Blätter für Genossenschaftswesen“ mitteilen, sind für das Sommersemester 1911 folgende Vorlesungen in Aussicht genommen: Professor J. Conrad: „Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Genossenschaftswesens“; Professor E. Voening: „Das Genossenschaftsrecht“; Professor Probin: „Bank- und Versicherungsweisen mit Bezug auf die Genossenschaften“; Dr. Gehring: „Einführung in die Staats- und Wirtschaftslehre“; Oekonomierat Dr. Haube: „Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen“; Dr. Felder: „Kaufmännische Buchführung“; Justizrat Prof. Dr. Hans Gröger: „Genossenschaftswesen des Handels und des Kleinhandels“; Dr. Wolff: „Die Konsumvereine“. Das Seminar ist berechtigt, Prüfungen abzuhalten und Diplome auszustellen. Die Leitung ist Herrn Professor Conrad übertragen. Sein Zweck besteht darin, Personen, die sich praktisch im Genossenschaftswesen betätigen, oder aus anderen Gründen theoretische und praktische Kenntnisse im Genossenschaftswesen erwerben wollen, die Gelegenheit zur notwendigen wissenschaftlichen Ausbildung zu geben. Ueber die Zulassungsbedingungen ist noch nichts bekannt. Jedenfalls ist die Errichtung dieses Seminars mit großer Freude zu begrüßen, es ist ein neuer Beweis für die zunehmende Bedeutung des Genossenschaftswesens für unsere gesamte Volkswirtschaft.

Die Stadtgemeinde München hat (1910) ihren ersten Versuch mit der Erbauung von Kleinwohnungen für städtische Bedienstete gemacht. Im Süden der Stadt ist ein großer, in sich abgeschlossener Park entstanden, dessen Gelände insgesamt 8400 Quadratmeter umfaßt. Die Kosten für den ganzen Block, der 177 Wohnungen zählt, belaufen sich auf 1 080 000 Mk. Bemerkenswert ist, daß von den 135 bis jetzt vermieteten Wohnungen nur etwa die Hälfte von städtischen Bediensteten gemietet wurde, für die sie eigentlich in erster Reihe errichtet wurden. Unter den Mietern aus den städtischen Bediensteten überwiegen die Strahndahner, denen der Block wegen seiner günstigen Lage in der Nähe des großen Hauptdepots an der Marialstraße eine erwünschte Wohnmöglichkeit bedeutet. Die Wohnungspreise schwanken zwischen 18,50 und 26 Mk. für zweiräumige Wohnungen (ein Wohnzimmer und ein Kochzimmer), 31 bis 38 Mk. für dreiräumige Wohnungen und 47 bis 52 Mk. für viereräumige Wohnungen. Wenn auch jede Wohnung für sich abgeschlossen ist und eigenen Abort, Keller und Speicher hat, so sind doch die Mietpreise als keine besonders billigen zu bezeichnen, zumal das Raummaß der einzelnen Wohnungen und deren Höhe zu wünschen übrig läßt. Der Block enthält außerdem sechs Läden, in denen verschiedene Lebensmittelgeschäfte untergebracht sind. Eine Annehmlichkeit bedeutet der große im Innern des Blocks gelegene, 1080 Quadratmeter umfassende Spielplatz für Kinder, der auch als Erholungsplatz für Erwachsene dient und der gärtnerisch hübsch ausgestaltet wird. Aus den bisher mit der Vermietung der einzelnen Wohnungen gemachten Erfahrungen geht hervor, daß die größte Nachfrage nach zweiräumigen Wohnungen herrscht, die in weit größerer Zahl als sie vorhanden sind, vermietet werden könnten.

Die Reichspost gewährt fortan ihren Telegraphenarbeitern für Sonn- und Feiertagsarbeiten einen Zuschlag von 25 Proz. zum Werktagslohn. Außerdem sollen den Telegraphenarbeitern bei „zurückstellenden Leistungen und guter Führung“ künftig einmalige Belohnungen gewährt werden, sobald sie eine Dienstzeit von 20 Jahren zurückgelegt haben. Die Höhe dieser Belohnungen hängt sich, der Dauer der Gesamtdienstzeit entsprechend von

20 Mk. bis 300 Mk. Die Berechnung der Dienstjahre erfolgt ohne Rücksicht auf das Lebensalter. Als Beschäftigungsjahr gilt die Dauerperiode, sobald der Telegraphenarbeiter während dieser wenigstens sechs Monate beschäftigt war. Angerechnet wird die Militärdienstzeit ohne Einschränkung sowie die Zeit militärischer Übungen, ferner die sonstige Beschäftigungszeit im Post- oder Telegraphendienst, sowie auch die Zeit, in der der Telegraphenarbeiter während seines Dienstverhältnisses beurlaubt oder krankheitshalber dienstunfähig gewesen ist. Die Entlassung solcher Telegraphenarbeiter, die Mitglieder oder Ersahmänner eines Arbeitsausschusses sind, soll künftig nicht mehr den zunächst vorgesehnten Dienststellen oder Beamten, sondern den Oberpostdirektionen zugehen. Bei den großen Ueberschüssen, welche die Post адwirft, wäre den Telegraphenarbeitern mit einer Lohnzulage, entsprechend den heutigen Feuerungsverhältnissen, mehr gebietet gewesen als mit dieser zweifelhaften Gratifikation. Auch der Zuschlag für die Sonn- und Feiertagsarbeit kann durchaus nicht nobel genannt werden. In der Privatindustrie und bei den Stadtwahlungen zählt man fast allgemein 50 bis 100 Proz. Zuschlag.

Ein schlechtes Weihnachts wurde aus Anlaß der Brüdereinweihung den städtischen Arbeitern der Habellegung in Saarbrücken bereitet. Am Samstag, den 10. Dezember, teilte ihnen der Unternehmer Meyer mit, daß infolge des Besuchs des Oberpräsidenten von Montag bis Donnerstag nicht gearbeitet werden dürfe, so habe es die Stadt angeordnet. Aber die Sache kam noch schlimmer. Als am Freitag, den 16. Dezember, dem Tage nach der Brüdereinweihung, jene Arbeiter sich wieder zur Arbeit meldeten, wurden sie auf den folgenden Montag vertrieben, und an diesem wurde ihnen mitgeteilt, vor Weihnachten solle überhaupt nichts mehr aufgerissen werden. Infolgedessen sind unmittelbar vor Weihnachten 90 bis 40 Leute, die mit saurer Arbeit sich ihr Brot verdienten, stillos gemacht, unter ihnen eine ganze Reihe von Familienvätern. Denn das weih jeder, der die Verhältnisse kennt, daß vor Weihnachten ein arbeitslos Gewordener keine Arbeit mehr finden kann. Eine größere Rücksichtslosigkeit kann es kaum geben.

Unersättlich. Der „Arbeitgeber“ sind auch noch die wenigen Rechte, die im Arbeitsamergesetz den Arbeitern gegeben werden sollen, zu weitgehend. Nach einem langen Vortrage über die Unkenntnis am grünen Regierungstisch kommt folgender interessanter Appell an das Unternehmertum: „Sind die deutschen Arbeitgeber imstande, sich endgültig über alle die trennenden Momente persönlicher, wirtschaftlicher und parteipolitischer Art hinwegzusetzen, die bisher ihre völligen Einigung auf sozialpolitischem Gebiet entgegenstanden, bringen sie es zumege, einen Konzern von Vertrauenspersonen zu schaffen, der in Wahrheit von sich zu sagen vermag, daß er der bevollmächtigte Träger der sozialpolitischen Auffassung der Gesamtheit des deutschen Unternehmertums ist, — dann ist auch wohl anzunehmen, daß man sich regierungseitig dazu veranlaßt sehen wird, fortan in eine etwas gewissenhaftere Nachprüfung dieser Auffassung einzutreten denn bisher!“ — Also noch mehr Rücksichtslosigkeit verlangt man von der Regierung! Das ist alles, was sein kann.

Was die Wahlen an Propaganda für die „Christlichen“ nicht alles leisten! Wir erhalten von Kollegen folgende Zettel: „Weihnachtsfeier für städtische Arbeiter. Hierdurch möchte ich Sie freundlichst zu einer Weihnachtsfeier mit Kaffeestunden einladen auf Montag, den 20. Dezember 1910 (2. Feiertag), nachmittags 3½ Uhr, ins Jugendhaus, Carnaper Straße 13b (2. Hinterhaus, 1 Treppe hoch). Das Programm weist Gesangsvorträge, Deklamationen und Ansprachen auf. Um zahlreiches Erscheinen bittet freundlichst Pastor Auf der Heide.“ — Oder war diese Weihnachtsfeier wirklich ohne jede Nebenabsicht arrangiert? H. H. M. G.

Vollzelliger Sprachschau. Die „Berliner Volkszeitung“ bringt eine kleine Zusammenstellung der gemeinsten Ausdrücke, die die Polizei während der Reichstagsunruhen gebrauchte. Hier sind sie: 1. Dummer Lauselunge, du Stroch, mach, daß du weiter kommst! 2. Was, du willst dich als Feigin melden? Mit dem Säbel kannst du was kriegen! 3. Haut doch die alte Sau! 4. Schweinebande, Saubande, Häuberbande! 5. Haben Sie die Kerls in die Presse, daß sie kürgen! 6. Haut den Hund! 7. Haut, ihr Hunde! 8. Verschlechter Hund, mach, daß du wegstommst! 9. Dure, mach, daß du rüberkommst, sonst kriegst du was mit dem Säbel! 10. Siehst du, du alte Sau! 11. Verfluchtes Kack! Du Schwein gehst noch nicht weg! 12. Du dicke Sau, wenn du nicht schneller läufst, werde ich dir Pfeffer und Salz in den . . . einstreuen. 13. Willst du kaufen, du Lump, du Stroch? Hast du noch keine Wäpse gekriegt? 14. Die Stämme müssen wir noch räumen! 15. Du Kack! Willst du vor! 16. Ihr verfluchten Hunde, wollt ihr raus? 17. Seid ihr Hunde noch nicht drin? 18. Will er wohl looken, er aller Pöpelstriebe? 19. Schwarte Sau, mach das Fenster zu! 20. Solchem Kack müßte man ins Gesicht spucken.



## Eingegangene Schriften und Bücher

Die Heilung der Lungentuberkulose im Hochgebirge. Unter spezieller Berücksichtigung der Behandlung schwerster Fälle behandelt von Dr. med. D. Amrein, Naturarzt in Arosa. Preis 60 Pf., gebunden 80 Pf. (Porto 10 Pf.) Verlagsanstalt Emil Abigt, Wiesbaden 35. Die Bekämpfung der Lungentuberkulose ist die Lebensaufgabe dieses berühmten Spezialisten und Tausende von Kranken aus aller Welt haben in seiner Behandlung Heilung finden können. Seine auch für Laien verständlichen Ausführungen werden deshalb allgemeinem Interesse begegnen. Arzten stellt der Verfasser seine Aufklärungsschrift kostenlos zur Verfügung.

**Kommunale Praxis.** Die erste Nummer des neu beginnenden Jahrgangs ist schon erschienen. Der Inhalt ist für alle Interessenten der Gemeindepolitik von größter Wichtigkeit und sollte die Leserschaft dieser Zeitschrift niemand versäumen, der sich mit Kommunalpolitik zu befassen hat.

**Vollstreckung — Vollzeitschrift.** Die Wahlparselle des Schwarzblauen Blatts. Neben der Abgeordneten David, Franck, Scheidemann und des Reichsanwalters bei den Etatberatungen vom 9. bis 14. Dezember 1910. Nach den stenographischen Verichten. Preis 40 Pf. Diese Broschüre will alle in der Agitation tätigen Genossen und Genossinnen mit wirkungsvollem Material versehen und ist die weiteste Verbreitung derselben zu erwünschen. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Expeditionen und Kolporteurs sowie vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 62.

Die Zeitschrift „Lese“ ist der Auf gegen die Schund- und Schmutzliteratur, Vereine werden dagegen gegründet, ein guter Anfang ist in Jugend- und Volksbüchereien, ausgewählt von verständigen Männern, gemacht. Aber alle leiden daran, daß sie, wie auch die billigen Bändchen von Neclam, Meyer, Hesse, Hendel u. ähnl., ausgedehnt sein wollen, sich nicht selber dem Leser auf den Tisch legen. Unkenntnis, unverschuldete, und Bequemlichkeit sind so oft schuld daran, daß die Quellen versiegen, denen sich labend die Seele entgegenlehnt. Die bislang bestehenden Zeitschriften sind teils so teuer, daß nur wenige sie abonnieren können, teils auch nicht für jedermann berechnet. Da legt die „Lese“ ein, und sie hat das schwere Problem in der Praxis gelöst, alles das aus der Literatur zu bieten, was jeden, den Hochgebildeten wie den Mann mit der schwierigen Hand, interessieren muß. Die Sehnsucht ist ja in uns allen; hier kommt die Erfüllung. Fern von der nur wenigen Ausgewählten (oder sich dafür haltenden) jugendlichen Treibhausluft, bietet sie gesunde, kräftige Kost. Eine Fülle fernigen Stoffes: Romane und Erzählungen, Romane, Gedichte, Dramen, Memoiren und Populärwissenschaftliches, Alles und Modernes, aber immer nur Gutes. Und hinter dem allen steht der starke Glaube der Herausgeber, daß eine gute Literatur zum Erfas des Schundes nicht erst geschaffen, sondern nur herbeigekauft zu werden braucht, und ferner: daß das Volk statt leichter Unterhaltungsware tausendmal lieber die Originalwerke echter Dichter liest. Auf 7/8 Jahre ihres Wirkens können die Herausgeber mit Stolz und Befriedigung zurückblicken: das deutsche Volk, für das die „Lese“ gegründet ist, hat sich zu

ihren Taten gestellt. Sie wird nicht mehr untergehen, weil sie von der Liebe dieses Volkes getragen wird. Das beweist nicht nur die schon jetzt nach vielen Tausenden zählende Abonnentenzahl, sondern ebenso sehr oder noch mehr die begeisterten Zuschriften aus allen Kreisen. Preisauschreiben, wie „Das Tier in der Dichtung“, „Weihnachten“ usw. — der neue Jahrgang bringt neue interessante Prämienauschreiben — laden die Leser ein, sich selbst in ihre Hausbibliothek zu vertiefen. Und der Preis? Sage und schreibe: die Nummer kommt bei einem Quartalspreis von 1,50 Mk. in Deutschland auf wenig über 10 Pf. zu stehen! Und um die „Lese“ gruppiert sich ein Verein gleichen Namens, für den Preis von jährlich 6 Mk. gibt er seinen Mitgliedern nicht nur die „Lese“ frei ins Haus, sondern noch zwei Büchergaben für jedes Jahr frei dazu (soeben sind Neders Gedichte und Novellen von Adolf Pichler zur Ausgabe gelangt), deren Preis allein 3 Mk. und darüber beträgt! Wenn es eine literarische Zeitschrift, die seiner Tageszeitung Konkurrenz macht, da sie sich nicht mit Tagesfragen beschäftigt, die Unterstützung aller verdient, so ist es die „Lese“. Abonnieren sie für Euch und Eure Familie. Abonnements rechnen alle Buchhandlungen entgegen. Und willst Du einem eine das ganze Jahr hindurch sich wiederholende Freude machen, so schenke ihm einen Abonnementschein der „Lese“, den die Geschäftsstelle (München, Rindermarkt 10) ebenso wie jede Anzahl von Probenummern kostenfrei versendet. Dr. G.

### Totenliste des Verbandes.

**Klaus Rath, Hamburg-Cuxhaven**

Fischerei-Inspektion  
† 27. 12. 1910, 44 Jahre alt.

**Joseph Kaindl,**

Baudmeister i. Elektrizitätswert  
† 28. 12. 1910, 63 Jahre alt.

**Andreas Wilhelm, Cassel**

† 29. 12. 1910, 76 Jahre alt.

**Graf Paul, Hamburg**

Bauddeputation  
† 30. 12. 1910, 53 Jahre alt.

**Michael Hermeder, München**

Gesamter  
† 31. 12. 1910, 38 Jahre alt.

**Heinrich Föhre, Hamburg**

Bauddeputation  
† 1. 1. 1911, 64 Jahre alt.

**J. M. Müllen, Hamburg-Finkenwärder**

Bäckerei  
† 2. 1. 1911, 47 Jahre alt.

**Friedrich Thielig, Berlin**

Englische Gasanstalten  
† 7. 1. 1911, 42 Jahre alt.

**Johann Ahl, Hamburg-Cuxhaven**

Bäckerei

† Gestorben am 2. Januar 1911 im Alter von 50 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

: : : Filiale Groß-Berlin : : :

## Großer Wiener Masken-Ball

am Sonnabend, 14. Januar 1911, in den Prachssälen des Nordens (früher Pharusäle), Müllerstr. 142, und Sonnabend, 12. Februar 1911, im Hofjäger-Palast, Helenenheide 32-53. Prämierung der schönsten Damenmasks und der originellsten Herrenmasks.

Über die Prämierung entscheiden die Festteilnehmer selbst, indem sie am Saaleingang zwei Preislisten erhalten, welche sie bis zur Demaskierung der nach ihrer Meinung schönsten Damenmasks und der originellsten Herrenmasks ausbändigen. Die Masken, welche die meisten Preisarten empfangen haben, erhalten dann die Preise.

Anfang pünktlich 9 Uhr. Demaskierung 12 Uhr. Während der Kaffeepause: Humoristische Vorträge.

Voranzeige:

**Gr. Alpenfest in den Bayerischen Alpen**  
am Sonnabend, 11. März 1911, in der „Brauerei Friedrichshain“, Am Friedrichshain 16-23.

Großer Trudel, Tanzbahn, Karussell, Tanz usw. Im Saal: Großartige Alpenkoloration.

Es ist erwünscht, daß die Teilnehmer im Kostüm erscheinen. Anfang pünktlich 9 Uhr. Eintritt zu allen Veranstaltungen 50 Pf.

## Filiale Leipzig.

Sonnabend, den 21. Januar 1911, abends 8 Uhr

### Großes Winterfest

in beiden Sälen des Volkshauses, Jekkerstr. 32, bestehend in Konzert, humoristischen Vorträgen der Seidelfänger und Ball.

Originelles Festprogramm. . . Tombola.

Kollegen von nah und fern, sowie Freunde und Gönner unserer Sache ladet höflich ein Das Festkomitee.

## Filiale München.

### Voranzeige

zu dem am Samstag, den 4. Februar, abends präzis 8 Uhr im Kolosseum (obere Säle) stattfindenden

: : : Großen Faschings-Ball. : : :

Vorverkaufstare 20 Pf., an der Abendkasse 30 Pf. Masken erwünscht.

Vorverkaufstare sind bei sämtlichen Kassierern, sowie Vertrauensleuten zu haben. Zahlreiche Beteiligung sieht entgegen Das Komitee.